

Der **Zimmerer**

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten. Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Petitzelle 50 Pf.

Zum Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß

Märzstürme! Zeichen des Umschwungs in der Natur. Jetzt muß sich alles wenden.

Nicht nur in der Natur. Auch im Wirtschaftsleben. Wenn es nur so wäre?

Leider ist es nicht so. Wir leben in einer Zeit von ganz besonderer Art: in einer Zeit, die unvergleichbar ist mit irgendeiner Periode in der Vergangenheit, für die deshalb auch keinerlei Regeln gelten können.

Von einer Wiederbelebung der Wirtschaft, besonders der Bauwirtschaft, wie sie früher mit dem Lenzbeginn einsetzte, keine Spur. Und doch warten hunderttausend fleißige Hände sehnsüchtig darauf, endlich wieder schaffen zu dürfen. Genug des Elends, genug des Hungers! Gebt uns Arbeit und Brot!

So schallt es in Sturmrufen durchs Land. Märzstürme besonderer Art. Anders als in früheren Zeiten. Die Not hat sie verurteilt. Soll denn dieses Leben, das nur eine einzige große Sorge bedeutet, verewigt werden? Gibt es keine Möglichkeit, keinen Weg, eine Aenderung vorzubereiten? Ist den verantwortlichen Stellen noch immer nicht zum Bewußtsein gekommen, wie schwer und hart die Arbeiter um ihr Leben ringen?

Nicht nur die Arbeiter leiden schwer, mit ihnen weite Volkskreise. Noch nie vorher hat die Wirtschaftskrise so viele Existenzen vernichtet. Mehr als sechs Millionen ohne Beschäftigung, ohne Einkommen. Eine notdürftige Unterstützung soll sie vor dem Verhungern, vor dem völligen Versinken ins Elend schützen. Eine ungeheure Schrumpfung der Kaufkraft, die durch systematischen Abbau der Löhne und Gehälter für die noch in Beschäftigung Stehenden weiter anwächst. Dabei muß die Arbeitslosigkeit an Umfang zunehmen, das Elend noch mehr ansteigen.

Hier kann nur eines helfen: Arbeitsbeschaffung. Arbeitsbeschaffung ist die Forderung, die immer aufs neue erhoben werden muß, solange bis sie ihre Verwirklichung gefunden hat.

Seit Beginn dieser furchtbaren Krise haben die Gewerkschaften die Forderung nach Arbeitsbeschaffung erhoben. Sie haben ihre Hilfe dabei angeboten, sie sind mit fertigen Programmen auf den Plan getreten. Die verantwortlichen Stellen haben es an jeglicher Initiative fehlen lassen. Nun ist es genug! Jetzt muß die Frage der Arbeitsbeschaffung endlich aus dem Stadium der Verhandlungen heraus und greifbare Gestalt annehmen.

Wieder mahnen die Gewerkschaften. Laut und eindringlich. Es ist die allerhöchste Zeit. Wieder unterbreiten sie praktische Vorschläge. Die Regierung darf sie nicht abweisen; sie muß sie

schleunigst prüfen und unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ihrer Durchführung ergreifen.

Ein Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß soll dieser Forderung den notwendigen Nachdruck verleihen. Er soll zugleich das Auge der ganzen Welt auf das ungeheure Wirtschafts-elend in Deutschland lenken. Unmöglich darf auch das Ausland länger untätig zusehen. Es kann ihm nicht gleichgültig sein, was aus Deutschlands Wirtschaft wird. Ein völliger Zusammenbruch von Deutschlands Wirtschaft würde auch die ausländische Wirtschaft in ihren Bann ziehen.

Der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß will der Reichsregierung das Gewissen schärfen, er will unter

Berufung auf die internationale Verbundenheit das Gewissen der Welt wachrufen.

Was die einzelnen Gewerkschaften von sich aus, was der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in Verbindung mit den übrigen Spitzen-gewerkschaften seit langem hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung getan haben, der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß soll alle diese Forderungen noch einmal zusammenfassen und sie der ganzen Welt in die Ohren schreien: Arbeit und Brot!

Am 23. März, am Tage des Stattfindens des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses werden alle Gewerkschafter im ganzen Reich ihre Blicke nach Berlin lenken. Sie werden im

Geiste an den Verhandlungen des Kongresses teilnehmen und sie dadurch fruchtbringend gestalten helfen.

Die Reichsregierung darf nicht mehr ausweichen, sie muß der Arbeitsbeschaffung ihre ganze Kraft zuwenden. Nur Arbeitsbeschaffung kann die Verzweiflung der Massen beheben; nur durch Arbeitsbeschaffung wird eine zurechtfindendere Stimmung geschaffen; nur Arbeitsbeschaffung vermag die unsägliche Not zu lindern und den Erwerbslosen wieder ein wenig Lebensfreude zu geben.

Märzstürme! Auch die Stimme des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses wird zu einem Märzsturm werden.

Jetzt muß sich alles wenden!

Nach der Wahlschlacht vom 13. März

Der 13. März wird in der Geschichte der Demokratie und der Deutschen Republik für immer ein denkwürdiger Tag bleiben. Am 13. März 1920 war es, als die Reaktion zum ersten Male versuchte, der Demokratie den Garaus zu machen. Damals waren es Kapp, Ludendorff und die Baltikumer, die am 13. März durch das Brandenburger Tor zogen, um die Demokratie zu beseitigen und ihre alte glorievolle Herrschaft wieder aufzurichten. Wie ein Mann hat sich damals die Arbeiterschaft gegen die Kapp-Rebellen und die Reaktion erhoben. Es hat keines großen Anstoßes bedurft, um der Arbeiterschaft zu sagen, was ihr drohe. Millionen haben die Arbeit eingestellt und die Kapp-Rebellen schon nach drei Tagen gezwungen, von der Bildfläche abzutreten. Die Eiserne Front der Arbeiterklasse konnte damals in ganz kurzer Zeit über die blutrünstige Reaktion triumphieren. Wieder war es am 13. März, als die Reaktion sich anschickte, die Macht im Staate zu erobern. Die Reichspräsidentenwahl kam der Reaktion und, was gleichbedeutend ist, dem blutigen Faschismus gelegen zur Machtergreifung. Mit Einmütigkeit hat das deutsche Volk und in erster Linie die Arbeiterklasse begriffen, um was es geht; sie hat den Anschlag der Reaktion abgewehrt.

Die erste Etappe im Kampf zwischen Demokratie und Faschismus liegt nun hinter uns. Am 13. März hat das deutsche Volk zum Ausdruck gebracht, daß es mit dem blutigen Faschismus nichts zu tun hat. Von je 100 Wählern haben rund 70 erklärt, daß sie Gegner des faschistischen Regimes in Deutschland sind. Darüber müssen sich auch die Faschisten im klaren sein. Sie haben ihre Marne-schlacht verloren. Von dieser Schlappe, die sie am 13. März erhalten haben, werden sie sich nicht so leicht wieder erholen. Mit überwältigender Mehrheit haben die deutschen Wähler am 13. März der Demokratie und ihrem Garanten, dem Reichspräsidenten von Hindenburg, ihr Vertrauen ausgesprochen. Zwar konnte Hindenburg nicht gleich im ersten Wahlgang auf weitere sieben Jahre gewählt werden. Allein der Stimmenvorsprung gegenüber den andern Präsidentschafts-

kandidaten ist so gewaltig, daß man schon heute sagen kann: Hindenburg ist wiedergewählt!

Nach dem vorläufigen Ergebnis der amtlichen Stimmenzählungen entfielen auf die einzelnen Kandidaten folgende Stimmen:

Duesterberg . . .	2 557 876 Stimmen
Hindenburg . . .	18 661 736 "
Hitler	11 328 571 "
Thälmann	4 971 079 "
Winter	111 477 "

Dem Reichspräsidenten Hindenburg fehlen nur noch 150 000 Stimmen an der absoluten Mehrheit und somit an dem endgültigen Sieg im ersten Wahlgang. Gewiß hat sich der Faschismus zahlenmäßig noch weiter aufgebläht. Er hat aber, was viel wichtiger ist, sein Ziel auch nicht annähernd erreicht. Bei der Umrechnung der Landtagswahlergebnisse des Vorjahres auf das gesamte Reichsgebiet ergibt sich, daß die Faschisten damals rund 34 % aller Wähler buchen konnten. Bei der Reichspräsidentenwahl haben sie nur noch 30 % der gesamten gültigen Stimmen auf sich vereinigen können. Ueberall, wo der Faschismus bei den letzten Wahlen stark vorwärts gekommen ist, in Hessen, in Hamburg usw., kann man einen erheblichen Rückgang der faschistischen Stimmen feststellen. Der aufgeblasene faschistische Kadaver wird in sich zusammenfallen; denn das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl hat der braungelben Banditenpartei sehr stark zuge-setzt.

Aehnlich ernüchternd wie für die Faschisten ist das Wahlergebnis für die Kommunisten. Diese Partei, die angesichts der ungeheuren Gefahr für die Republik und für die gesamte Arbeiterklasse die Parole herausgab: Nicht gegen den Faschismus, sondern gegen die Sozialdemokratie ist der Hauptstoß zu führen, hat gegenüber der Wahl vom 14. September 1930 nur eine sehr geringe Zunahme an Stimmen zu verzeichnen. In einzelnen Gebieten des Reichs, besonders aber in ihrer Hochburg Hamburg, haben sie gegenüber der Bürgerschaftswahl im September 1931 trotz hoher Wahlbeteiligung einen Verlust von nicht weniger

als 45 000 Stimmen. Innerhalb sechs Monaten hat die KPD. in Hamburg über 25 % ihrer gesamten Stimmen eingebüßt. Die Niederlage für die KPD. ist katastrophal. Aber nicht nur in Hamburg, sondern auch in andern Orten hat die KPD. namhafte Schlappen erlitten. Im Wahlkreis Ostpreußen ging die Zahl der kommunistischen Stimmen von 124 400 auf 116 444, Frankfurt a. d. O. von 84 000 auf 31 000, im Wahlkreis Merseburg von 205 000 auf 201 000, in Düsseldorf von 321 000 auf 319 000 zurück. Der Klassenverrat rächt sich. In steigendem Maße wird die Arbeiterklasse erkennen, daß Gefahr in Verzug ist und nicht die Sozialdemokratie, sondern der Faschismus der Todfeind der Arbeiterklasse ist.

Mit einem im politischen Kampfe bisher nie gekannten Aufwand an Propaganda ist der Faschismus in den Kampf gezogen. In Millionen und aber Millionen von Flugblättern, Handzetteln und Werbeplakaten, mit Tausenden von Rednern in Zehntausenden von Versammlungen hat er versucht, seine demagogischen Kniffe zur Anwendung zu bringen. Die Geldgeber der Faschisten waren ziemlich freigebig; denn sie wußten, daß es um die Entscheidung zwischen Demokratie und Faschismus geht. Sie haben sich diesen Kampf eine tüchtige Stange Geld kosten lassen. Millionen haben die Fürsten, die Industriegewaltigen und Agrarier, die in- und ausländische Rüstungsindustrie den braungelben Kulturschändern zur Verfügung gestellt. Nach den Enthüllungen, die der sozialistische Abgeordnete Paul Fauré in der französischen Kammer gemacht hat, ist anzunehmen, daß auch das französische Rüstungskapital und die Kriegshetzer vom Schlage Schneider-Creuzot und die tschechoslowakische Rüstungsindustrie den Wahlkampf der braungelben Pestbeulen finanziert hat. Durch die Skodawerke sind von Prag und Pilsen aus silberne Kugeln für den Faschismus geliefert worden. Berge von Flugschriften wurden von den Faschisten aus Dutzenden von Flugzeugen über den deutschen Städten abgeworfen. Tausende von Automobilen und Hunderte von Motorradstaffeln hat der Faschismus in seinen

Dienst gestellt. Alles sollte dazu beitragen, die Demokratie zu beseitigen und das blutrünstige faschistische Regime in Deutschland aufzurichten. Wie die betäubten Lohgerber werden die Geldgeber der Faschisten die Felle fortschwimmen sehen. Nachdem diese wichtige Entscheidung zwischen Demokratie und Faschismus zugunsten der Demokratie entschieden wurde, ist anzunehmen, daß nunmehr auch die Geldgeber der braungelben Mordbanden etwas vorsichtiger werden. Man kann sich nicht denken, daß sie ihr Geld auf die Straßen werfen wollen, zumal sie nun gesehen haben, daß alle Versuche, die Demokratie zu beseitigen, an dem gesunden Sinn der deutschen Wähler scheitern.

Die Abwehr gegen den Faschismus wurde in erster Linie von der Eisernen Front geführt. Proletarier, die erkannt haben, was auf dem Spiele steht, stellten sich der großen Abwehrbewegung zur Verfügung. Der Zusammenschluß von Millionen Hand- und Kopfarbeitern zu einem eisernen Wall hat es zu Wege ge-

bracht, daß der Faschismus elend Schiffbruch erlitten hat. Wohl ist die Entscheidungsschlacht geschlagen. Aber wir dürfen die Waffen nicht beiseite legen. Wir müssen weiterkämpfen, und es ist ein Gebot der Stunde, daß wir in Stadt und Land, auf den Baustellen und im Betriebe auf der Hut sind, damit wir neuerliche Regungen des Faschismus direkt im Keim ersticken können. Nichts ist gefährlicher, als die Kraft des Gegners zu unterschätzen. Die organisierte Arbeiterschaft, soweit sie noch den Verstand behalten hat, wird sich nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, daß nach dieser Niederlage der Faschismus endgültig beseitigt sei. Es wird noch großer und gewaltiger Anstrengungen bedürfen, um Deutschland von der braungelben Schmach zu reinigen. Erst wenn es gelingt, wieder geordnete wirtschaftliche Zustände in Deutschland herbeizuführen, erst dann wird es möglich sein, die braungelben Kettenhunde des Kapitals als politischen Faktor für immer unmöglich zu machen.

Unsere statistischen Feststellungen

vom 27. Februar 1932

Am vorerwähnten Tage haben 898 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspolier, Gesellen) von 88 600 nachgewiesen und außerdem 4522 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 79 323 oder 89,5 % und von den

Lehrlingen 2756 oder 60,9 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 957 oder 1,1 % und von den Lehrlingen 85 oder 1,9 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Es berichteten					
		Mitglieder (ohne Lehrlinge)			Lehrlinge		
		gesamt	davon arbeitslos	in Proz.	gesamt	davon arbeitslos	in Proz.
1. Ostpreußen	58	4 196	3 919	93,4	256	211	82,4
2. Schlesien	82	9 294	8 644	93,0	643	489	76,0
3. Brandenburg	117	9 527	8 455	88,7	430	198	46,0
4. Pommern	66	3 776	3 408	90,3	190	92	48,4
5. Nordmark	106	9 021	7 564	83,8	488	190	38,9
6. Niedersachsen	82	6 282	5 461	86,9	288	111	38,5
7. Westfalen	18	2 132	2 015	94,5	62	48	77,4
8. Rheinland	19	2 854	2 588	90,7	50	27	54,0
9. Hessen	29	3 645	3 284	90,1	108	59	54,6
10. Mitteldeutschland	138	11 445	10 153	88,7	751	467	62,2
11. Sachsen	60	17 093	15 432	90,3	898	616	68,6
12. Bayern	82	5 821	5 226	89,8	237	175	73,8
13. Südwestdeutschland	39	2 998	2 696	89,9	89	53	59,6
Deutsches Reich	896	88 084	78 845	89,5	4 490	2 736	60,9
14. Ausland	2	516	478	92,6	32	20	62,3
Insgesamt	898	88 600	79 323	89,5	4 522	2 756	60,9

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt, einschließlich der 22 Zahlstellen, die 883 Mitglieder und außerdem 21 Lehrlinge hatten und nicht berichteten, 920 Zahlstellen mit 89 483 Mitgliedern und außer-

dem 4543 Lehrlingen, insgesamt 94 026 Mitglieder.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 26. März.

Konjunkturstatistik

An der Konjunkturstatistik waren im Monat Februar 357 Betriebe beteiligt, die 1009 Zimmerer beschäftigten. Das sind 955 Zimmerer weniger als im Februar 1931. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 159. Von den 357 Betrieben, die berichteten, war der Beschäftigungsgrad in 4 Betrieben mit 79 Zimmerern als befriedigend und in 353 Betrieben mit 930 Zimmerern als schlecht zu bezeichnen. Im Laufe des letzten Monats sind in 72 Be-

trieben 231 Zimmerer eingestellt und in 70 Betrieben 243 Zimmerer zur Entlassung gekommen.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage wurden im allgemeinen als schlecht bezeichnet.

Aus nachstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur im weiteren Abstieg begriffen ist. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
Am Ende des Monats	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
1931 Februar	3	134	15	226	336	1 604	3,75
1932 Januar	1	33	1	27	342	961	3,91
1932 Februar	—	—	4	79	353	930	3,92

Von den 357 Betrieben wurde in 159 Betrieben kein Zimmerer beschäftigt. In den verbleibenden 198 Betrieben standen 1009 Zimmerer in Arbeit. Diese 1009 Zimmerer verteilen sich auf 180 Poliere, 374 Gesellen und 455 Lehrlinge.

Ende Februar waren von 100 Verbandsmitgliedern 89,5 arbeitslos und 1,1 krank, somit nur 9,4 in Arbeit. Auch bei den Lehrlingen ist noch eine Steige-

rung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Bei diesen sind von 100 60,9 arbeitslos und 1,9 krank, somit nur 37,2 in Arbeit. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit betrug 89,5 und unter dem Durchschnitt liegen die Gebiete Brandenburg und Mitteldeutschland mit 88,7, Niedersachsen mit 86,9, und die Nordmark mit 83,8 % mit dem niedrigsten Stand. Die höchste Arbeitslosigkeit zeigt Westfalen mit 94,5 %.

Amtliche Arbeitsbeschaffungspläne

Den stürmischen Forderungen der Gewerkschaften, daß mit aller Dringlichkeit etwas geschehen müsse, um das 6-Millionen-Heer der Arbeitslosen herabzumindern, hat die behördlichen Stellen veranlaßt, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen. Einstweilen sind nur Bruchstücke aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministeriums bekannt geworden. Vor einigen Tagen ging folgende Nachricht durch die Presse:

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichskabinett einen Entwurf für ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt. Es umfaßt drei Punkte: Zusätzliche Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes, Arbeitsstreckungen im Kohlenbergbau. Insgesamt würde das Programm, wenn es gelingt, die Finanzierung sicherzustellen, etwa 200 000 Arbeitslosen für die Dauer eines Jahres direkt und etwa 400 000 weiteren Arbeitslosen indirekt Arbeit geben.

Über die Einzelheiten des Inhalts dieses Planes wurden nur oberflächliche Angaben gemacht. Für die zusätzliche Arbeitsbeschaffung soll nach den vorliegenden Vorschlägen die Reichsbahn Aufträge in Höhe von 300 Millionen, die Reichspost in Höhe von 100 Millionen Reichsmark begeben. 300 bis 400 Millionen sollen für Straßenbau, 200 bis 300 Millionen für landwirtschaftliche Meliorationen, 50 Millionen für Wasserbau und etwa 200 Millionen für Förderung des Kleinwohnungsbaus aufgewendet werden. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die Finanzierungsstelle für die produktive Erwerbslosenfürsorge, soll zusätzliche 50 Millionen zur Durchführung eines erweiterten Arbeitsprogramms erhalten.

Die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes soll erstens durch eine Erweiterung des Personenkreises erfolgen; Jugendliche, die noch keine Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben oder die nicht versicherungspflichtig oder überhaupt nicht Arbeitnehmer sind (Abiturienten, Studenten!), und auch die Wohlfahrtserwerbslosen sollen einbezogen werden. Zweitens wird vorgeschlagen, die Dauer der Unterstützung der im Arbeitsdienst Beschäftigten über 20 Wochen hinaus zu verlängern, und drittens die Materialbeschaffung durch Darlehen des Reiches zu erleichtern.

Die Arbeitsstreckung im Kohlenbergbau soll durch Einführung des Krümper-Systems durchgeführt werden, bei dem also die Arbeit durch einen zeitweiligen Urlaub der bisher noch in Arbeit befindlichen auf eine größere Anzahl Arbeiter verteilt wird.

Insgesamt würde die Durchführung dieses Programms nach überschlägigen Schätzungen etwa 1,2 Milliarden Reichsmark beanspruchen.

In Nr. 11 der „Gewerkschafts-Zeitung“ wird zu diesen Plänen an leitender Stelle folgendes ausgeführt: Der Entwurf zeige, heißt es in den Randbemerkungen, mit denen die Presse die Meldung versieht, daß die Regierung an die Aufgabe der Arbeitsbeschaffung unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl herangehen will. Wir glauben hinzufügen zu dürfen, die Bekanntgabe des Entwurfs zeigt, daß die Reichsregierung dem außerordentlichen

Kongreß des ADGB nicht mit völlig leeren Händen gegenüberstehen möchte. Zu einer sachlichen Beurteilung des Planes bilden die dürftigen Angaben über seinen Inhalt keine ausreichende Grundlage. Zustimmung können wir der Idee, die Entlastung des Arbeitsmarktes von verschiedenen Punkten her gleichzeitig zu versuchen, aber die einzelnen Teile des Planes haben unsere Sympathie nicht alle in gleichem Maße. Dem freiwilligen Arbeitsdienst begegnen die Gewerkschaften mit großer Skepsis — und seiner Ausdehnung erst recht; von den Bestimmungen über das Krümper-System, das für den Bergbau vorgesehen ist, hoffen wir, daß sie nicht von der gleichen Wirkungslosigkeit sein mögen wie einst die Bestimmungen über die 40-Stunden-Woche in der Notverordnung vom 5. Juni; die Schaffung von zusätzlicher Arbeitsgelegenheit liegt in der Richtung der Forderung des ADGB., ohne daß der für sie in Aussicht genommene Umfang die Gewerkschaften zu befriedigen vermag. Der ganze Plan kann die Gewerkschaften in ihrem Entschluß, mit der größten Entschiedenheit einzutreten für eine großzügige Aktion zur Beschaffung von Arbeit, nur bestärken. Der bevorstehende außerordentliche Gewerkschaftskongreß wird einen weiteren bedeutsamen Schritt in der Richtung des vom Bundesausschuß in seiner Tagung vom 15. und 16. Februar gesetzten Zieles darstellen. Inzwischen geben auch wir durch die nachfolgend abgedruckten Aufsätze dem Austausch der Meinungen weiterhin Raum. Für die Gewerkschaften ist die Erörterung dieses brennenden Problems des Tages nicht erschöpft. Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung steht für sie unverrückbar fest. Aber eine Prüfung aller Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung soll den Weg zur Erfüllung unserer Forderung bereiten.

Das ist auch unsere Meinung. Was wir aber an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministeriums vermissen, ist die viel zu geringe Berücksichtigung des Wohnungsbaues. Für landwirtschaftliche Meliorationen, für Straßen- und Wasserbau sollen rund ¼ Milliarden Mark aufgewendet werden; für die Förderung des Kleinwohnungsbaues hingegen nur 200 Millionen Mark. Das ist eine Zurücksetzung des eigentlichen Baugewerbes, gegen die wir im Interesse der seit Jahren nur ungenügend beschäftigten Bauarbeiter schon heute protestieren müssen. Bei landwirtschaftlichen Meliorationsarbeiten und auch beim neuzeitlichen Straßenbau kann man nur verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte beschäftigen. Im eigentlichen Baugewerbe ist das anders. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die eigentliche Bauwirtschaft so ungenügend berücksichtigt, verdient seinen Namen nicht. Wer Arbeit beschaffen will, muß das Baugewerbe ankurbeln. Millionen können beschäftigt werden, wenn das Baugewerbe in Gang gebracht wird. Wenn diese Binsenwahrheit von der Regierung noch nicht anerkannt wird, dann ist es notwendig, daß der Gewerkschaftskongreß diese Forderung mit allem Nachdruck und mit aller Eindringlichkeit erneut erhebt. Das jetzige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung ist völlig ungenügend.

Fördert den Holzhausbau!

Gelegentlich der Leipziger Baumesse fand eine Tagung der an der gesamten Bauwirtschaft interessierten Kreise statt. Im Mittelpunkt stand das Thema: Das vorstädtische und ländliche Siedlungswesen. Die Tagung wurde eingeleitet durch den Reichssiedlungskommissar Dr. Saaßen und durch Ausführungen von maßgebenden Referenten einzelner Landesbehörden. Den Inhalt dieser Vorträge geben wir an anderer Stelle im „Zimmerer“ wieder. Am zweiten Tage dieser Veranstaltung standen Fragen des Holzhaus-Wohnungsbaues im Vordergrund. Professor Siedler von der Technischen Hochschule in Berlin hielt das einlei-

tende Referat. Er behandelte das Thema: Das Holz im Wohnungsbau. Die Ausführungen von Professor Siedler waren in jeder Beziehung lehrreich und interessant. Sie zeigten, daß die seit Jahrzehnten stark vernachlässigte Holzbauweise wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt ist. Professor Siedler führte ungefähr folgendes aus:

Er wies darauf hin, daß derjenige, der verständig bauen wolle, die Baustoffe und ihr Verhalten den Witterungseinflüssen gegenüber beobachten müsse, um zu erkennen, wie man jeden einzelnen Baustoff beim Bau einsetzen dürfe. Das Holz habe gute Eigenschaften und schlechte, es müsse so verwendet wer-

Regelmäßig und pünktlich muß unsere Verbandsstatistik durchgeführt werden.

den, daß es nur seine guten Eigenschaften als Baustoff entwickle, und daß seine schlechten Eigenschaften gar nicht zur Auswirkung kommen könnten. Das sei ohne Schwierigkeit möglich, allerdings müsse man auch sachlich begründete Ansprüche an die Güte des Holzes stellen, aber keine Forderungen erheben, die sich aus der Verwendung des Baustoffes nicht erklärten. Die Grundsätze der Verdingungsordnungen für Bauleistungen gingen in ihren Ansprüchen an die Güte des Holzes sichtlich zu weit. Der Vortragende ging dann im einzelnen auf die Holzbauweisen ein, die für den deutschen Wohnungsbau in Frage kommen. Er zeigte dabei in Lichtbildern die wesentlichsten Eigenarten und Konstruktionsteile des Blockbaues, des Tafelbaues und des Gerippebaues. Professor Siedler verbreitete sich besonders eingehend über den Gerippebau, er sieht in ihm eine sehr zukunftsreiche Bauweise, die auch für die Schnelligkeit der Bauerstellung von besonderer Bedeutung sei. Die Gerippebauweisen könnten das Baugewerbe, wenn sie nur sorgsam vorbereitet und durchgeführt würden, aus den Fesseln des Saisongewerbes befreien. Die Zimmermannskonstruktion des Gerippebaues, die Jahrhunderte hindurch den deutschen Wohnungsbau beherrscht haben, müssen neuzeitlich weiter entwickelt werden. Ein gewisses Vorbild für diese Weiterbildung bietet der amerikanische Holzgerippebau. Bei sachgemäßer Ausführung der Wände, der Decken und des Daches werde der Holzgerippebau den Bau von Wohnungshäusern gestatten, die durchaus gleichwertig den massiven Wohnungsbauten an die Seite gestellt werden könnten. Auch die Feuersicherheit derartiger Bauten könne durch entsprechende Ausführung und durch Imprägnierung geschaffen werden. Professor Siedler ging auch noch auf Dach- und Deckenkonstruktionen ein und äußerte seine Ansicht dahin, daß das Holz bei der Ausführung dieser Bauteile berufen sei, noch lange eine wesentliche Rolle zu spielen.

Der nachfolgende Referent, Diplomingenieur Erich Seidel, Leipzig, referierte über das Thema: Der Holzbau in der Kleinsiedlung. In sehr geschickter Weise hat es der Referent verstanden, den Zuhörern die Vorteile der Holzbauweise bei der vorstädtischen Kleinsiedlung vor Augen zu führen. In einer Reihe von Lichtbildern zeigte er frühere und neuzeitliche Holzkonstruktionen, ihre Vorteile und Nachteile. Besonders ging der Referent auf die Wirtschaftlichkeit des Holzhausbaues ein; er legte an Hand von Beobachtungen und Statistiken dar, daß der Holzhausbau billiger, zweckmäßiger und in jeder Beziehung den Anforderungen entspricht, die der Bauauftraggeber, die Behörden und auch der Wohnungsinhaber heute an eine Wohnung stellt. Sehr wirksam waren auch die Vergleiche hinsichtlich der Wärmehaltung im Vergleich mit den Massivbauten. Gegen die staatlich konzessionierte Schwarzarbeit bei der Erstellung von Kleinsiedlungen müsse auf das schärfste angekämpft werden. Die Errichtung von Siedlungsbauten könne nur durch den Fachmann erfolgen.

Die Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlungen ist an die Richtlinien des Reichskommissars gebunden, die Selbst- und Nachbarhilfe für den Bauvorgang vorschreibt.

Dem Holzbau ist eine bevorzugte Stellung eingeräumt worden. Unter Anleitung von Fachleuten ist die Herstellung eines einfachen Holzbaues wohl möglich. Der Bau ohne Wasser, Rüstzeug usw., die verbilligte Abgabe des Baustoffes aus den Staats- und Kommunalförsten, der geringe Anteil des Materials an den Baukosten und der einfache Transport des Baustoffes auf schlechten Straßen weisen neben vielen andern Vorzügen auf den Holzhausbau für die Kleinsiedlung besonders hin.

Die einzelnen Wand-, Decken-, Dachkonstruktionen usw. werden in ihren verschiedenen Ausführungsmöglichkeiten gezeigt und unter einander und mit Mauerwerk bezüglich Wärmehaltung, Gewicht, Materialkosten und Arbeitsauf-

wand verglichen. Danach stellen sich die reinen Holzbauweisen am günstigsten. Ihre Wärmehaltung ist besser, das Gewicht kleiner, der Aufwand an Arbeitszeit und Material viel geringer als bei Mauerwerk. Die Feuergefährlichkeit ist nicht so groß, wie man gemeinhin annimmt. Darüber hinaus ist es mit geringen Mitteln heute möglich, Holzbauten gegen Feuer besonders zu schützen. Die Holzbauweise ist aus konstruktiven und wirtschaftlichen Erwägungen heraus sehr gut geeignet für die Kleinsiedlung. Keine andere Bauweise wird ihr den Rang ablaufen können. Es ist aber notwendig, daß alle Ausführungen unter Beteiligung und Aufsicht von Fachleuten sachgemäß hergestellt werden, um so mehr, als die leichte Herstellung die Anwendung von Selbsthilfe in größerem Umfange gestattet. Pfuschausführungen — im Augenblick vielleicht billiger — können der soliden Holzbauweise später nur schaden.

Siedlungsfragen auf der Leipziger Baumesse

In seiner Eröffnungsansprache zur Tagung „Das vorstädtische und ländliche Siedlungswesen“ anlässlich der Leipziger Baumesse 1932 wies Reichskommissar Dr. Saaben darauf hin, daß die Veranstaltung der Baumesse sich in den Dienst der Umstellung, die die gegenwärtige Wirtschaftskrise auch im Baugewerbe veranlaßt, stellt. Der strukturelle Charakter der Krisis erfordere eine grundlegende Aenderung unserer Wirtschaftsbasis. Als Mittel hierfür käme neben einer größtmöglichen Ausdehnung der ländlichen Vollsiedlung, der jedoch durch die Schwierigkeiten der Boden- und Kapitalbeschaffung und wegen des Fehlens der psychologischen und fachlichen Eignung bei einem Großteil der Industriearbeiter verhältnismäßig enge Grenzen gezogen seien, die vorstädtische Kleinsiedlung in Frage. Diese Siedlungsform solle dem Arbeitslosen und Kurzarbeiter als Ersatz für den ganz oder teilweise ausfallenden Arbeitslohn die Selbsterzeugung eines Teiles seines Lebensbedarfs sowie auch eine bessere und billigere Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses ermöglichen. Für den Erfolg der Stadtrand-siedlung komme der baulichen Gestaltung des Siedlerhauses eine ganz besondere Bedeutung zu. Dieses müsse unter Verzicht auf alle mit der gegenwärtigen Notlage nicht zu vereinbarenden Ansprüche in Größe und Bauart den berechtigten Bedürfnissen der Siedler genügen, damit es von diesen als ein dauernd befriedigendes Eigenheim empfunden würde. Primitivbauten, die von den Siedlern bei der ersten Besserung der Wirtschaftslage aufgegeben würden oder die durch ihre unsolide Bauweise raschem Verfall ausgesetzt wären, müßten daher vermieden werden. Bei der Schaffung des Siedlerhauses spiele die Baukostenfrage eine ausschlaggebende Rolle. Dank der tatkräftigen Mitarbeit aller beteiligten Kreise habe sich gezeigt, daß bei richtiger Gestaltung des Bauvorhabens der vom Reichskommissar verlangte Mindestraum innerhalb der von ihm aufgestellten Preisgrenze von 3000 Mark durchaus erstellt werden könne.

In seinen Ausführungen ging Reichskommissar Dr. Saaben noch darauf ein, in welcher Form die Siedlungsaktion nach Verbrauch der zunächst zur Verfügung stehenden 48 Millionen Reichsgelder weitergeführt werden könne. Er betrachte es als ein besonderes Gebot der Stunde, auch den Einzelsiedlern, denen zur Zeit keine öffentlichen Baumittel zur Verfügung gestellt werden könnten, möglichst billige Baumöglichkeiten zu verschaffen, um den Tausenden, die aus der Enge der Städte hinaus in das Freie streben, ein Eigenheim am Stadtrand zu ermöglichen.

Oberregierungsrat Dr. Rusch, Dresden, ergriff nach Dr. Saaben das Wort und deutete darauf hin, daß an erster Stelle die Arbeitslosigkeit und die Bestrebungen des damit zusammenhängenden Siedlungsgedankens kultureller Natur seien. Wenn wir uns diese Ideen

Die sehr wirkungsvollen Vorträge haben ohne Zweifel dazu beigetragen, die Abneigung gegen den Holzbau zu beseitigen. Immerhin wird noch sehr viel Aufklärungsarbeit notwendig sein, um das Vorurteil gegen den Holzhausbau restlos zu beseitigen. Beide Referenten haben dargelegt, daß Holz heute der gegebene Baustoff ist. Der ungeheure Ueberschuß in der Holzproduktion Deutschlands, der in den letzten Jahren festzustellen ist, zwingt auch die Behörden dazu, daß sie den Holzbau stärker fördern als in der Vergangenheit. Im Interesse der gesamten Wirtschaft und nicht zuletzt im Interesse unserer Berufsgenossen sind derartige Kundgebungen, wie sie im Rahmen der Leipziger Baumesse veranstaltet wurden, nur zu begrüßen, denn sie lenken die breite Öffentlichkeit auf ein Gebiet, dessen Förderung aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gründen dringend notwendig geworden ist.

vor Augen halten, so müssen wir die Frage erörtern, ob es sich in dem betreffenden Distrikt erstens um eine gewöhnliche Saisonarbeitslosigkeit handele oder ob zweitens die Arbeitslosigkeit von dem Auf und Ab der Kulturschwankungen im Arbeitsprozeß beeinflusst sei. Es ist heute ganz anders als in vergangenen Jahrzehnten, denn die gesamte Weltwirtschaft leidet unter der zur Zeit vorliegenden Arbeitslosigkeit; denn wir verloren auf dem großen Auslandsmarkt die früher selbstverständlichen Exportlieferungen an Indien, Rußland, China und manche andere Gebiete. Wir können nicht damit rechnen, die heute Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß wieder sehr schnell und restlos einzuschalten. Aus diesem Grunde muß das Siedlungsproblem, das zur Belebung des Baumarktes so wichtig ist, eingehend behandelt werden. Wertvoll ist es heute, Vergleiche zu ziehen mit den Reformplänen, die Stein und Hardenberg vor hundert Jahren einführten, um freigewordene Bevölkerungsmengen in dem Produktionsprozeß der damaligen Zeit einzuschalten. Im Jahre 1929 wohnte jeder 4. Bewohner in der Großstadt. So ist es in gleicher Weise heute unsere Aufgabe, die Frage zu lösen, wie wir die ländlichen Gebiete für die Arbeitslosen der Großstadt nutzbar machen. Gewiß können wir nicht das gesamte Heer der Arbeitslosen unterbringen; wir müssen aber dafür sorgen, daß der Industriearbeiter, der den Boden verlor, diesen wieder unter die Füße bekommt. Dann wird der deutsche Arbeiter auch gegen die Wechselfälle der Konjunktur gesichert sein und sich seine Kaufkraft steigern. Württemberg muß uns als Muster mit verschiedenen Anlagen gelten. Dort haben wir auf tausend Einwohner nur 6,92 % Arbeitslose. In Berlin 54,7, in Sachsen 45,4 Arbeitslose. So zeigt sich das Gebiet der Kleinsiedlung als ein wichtiges Problem.

Ueber „die Arbeitsorganisation und die Durchführung der vorstädtischen Kleinsiedlung“ referierte Oberregierungs-baurat R i e m e r, Dresden. Die mit der Reichshilfe zu erstellenden Bauten sollen bei aller Einfachheit auch für kinderreiche Familien ausreichend sein und

keineswegs barackenähnlichen Charakter haben, sondern anmutige Schlichtbauten sein. Die Größe jeder Siedlerstelle muß 600 bis 1000 qm betragen, die Möglichkeit der Zupachtung weiteren Landes muß vorhanden sein. Das Häuschen, meist als Einzelhaus oder Doppelhaus erstellt, soll enthalten: 1 Wohnraum mit Kochnische (Wohnküche), 12 bis 14 m groß, 1 größeren Schlafraum von 9 bis 12 m, 2 Schlafräume für je 2 Betten, 1 Vorraum (Wirtschaftsraum), 1 Stallraum für Kleintier von 5 bis 6 m und 1 Kellerraum (auch Hochkeller) von 4 m. Die Ausstattung soll einfach, aber solide sein; Wasser, Gas- und elektrische Leitungen kommen allerdings mehr für einen späteren Ausbau in Betracht, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse der Siedler deren Installation aus eigener Kraft gestatten.

Im übrigen vertrat der Referent die Auffassung, daß die Eigenarbeit in starkem Maße einzuschalten sei. Es lohnt sich nicht, auf die Unsinnigkeit der hierbei aufgestellten Thesen einzugehen. Wir betonen immer wieder, daß wir der Einschaltung der Eigenarbeit bei der Stadtrand-siedlung, soweit sie sich auf die Erstellung der Baulichkeiten erstreckt, schärfsten Kampf ansagen müssen. Nur der Fachmann darf bei der Erstellung der Stadtrand-Siedlungshäuser tätig sein. Man kann die Ausführung von Wohnbauten nicht Leuten überlassen, die von der handwerklichen Verarbeitung des Materials keine Ahnung haben. Dadurch entstehen, wirtschaftlich gesehen, ungeheure Schäden; denn das verarbeitete Material wird in unsachgemäßer Weise behandelt.

Die landwirtschaftliche Siedlung behandelte Kreissiedlungsdirektor Richard Wagner, Sorau, N.-L. Der Redner führte ungefähr folgendes aus:

Die Zahl der Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft ist als Folge des verlorenen Krieges und der Rationalisierung der Industrie geringer geworden. Die zur Zeit noch unstrittene Stadtrand-siedlung kann nur eine Entlastung bringen, wenn sie in Verbindung mit dem Arbeitszeitproblem gebracht wird. Die landwirtschaftliche Siedlung allein schafft neue Arbeitsplätze, denn die Zahl der benötigten Arbeitskräfte ist in bäuerlichen Betrieben erheblich größer als in Großbetrieben, die keineswegs alle aufzuteilen sind, zumal eine Oedlandsiedlung heute praktisch möglich ist. Die neu zu schaffenden Siedlungsstellen haben eine Größe von 30 bis 60 preußische Morgen gleich 7½ bis 15 Hektar und sind unter Berücksichtigung der neuerdings geforderten vereinfachten technischen Ausführungen schon für eine sehr geringe Anzahlung gegen Übernahme einer niedrigen Rente zu haben. Von besonderer Bedeutung ist die Anliegersiedlung, die heute von dem Großgrundbesitz selbst als Sanierungsmaßnahme gefördert wird. Es besteht mithin die Hoffnung, daß die Zahl der neuen Stellen, die bisher im Jahre immer nur einige tausend betrug, im Jahre 1932 auf 10 000 gebracht wird, zumal die hierzu benötigten Mittel bei der Deutschen Siedlungsbank zur Verfügung stehen.

Ueber diese so wichtige Frage der Siedlung ist nun genug geredet worden. Hoffen wir, daß nunmehr die Pläne Wirklichkeit finden, denn die Bauarbeiter wollen Arbeit haben.

Volksstaat und Gewerkschaften

Ein Staatswesen, das allen Volksangehörigen ohne Unterschied der Geburt und des Standes die gleichen politischen Rechte gewährleistet und keinerlei Vorrechte zuläßt, kann auf den Namen „Volksstaat“ Anspruch erheben. Im Gegensatz zu diktatorisch regierten Staaten, wo der Wille des Diktators ausschlaggebend ist für die Gestaltung des Staatslebens, herrscht im Volksstaat Demokratie. Diese gewährt allen Staatsbürgern die gleichen Möglichkeiten, sich Einfluß auf den Staat zu sichern. Die Demokratie gibt vor allen Dingen der Arbeiterschaft große Chancen. Die Arbeiterschaft kann auf Grund ihrer Mehrheit im Volke das Staatswesen nach

ihrem Willen formen. Das bedingt jedoch eine einheitliche politische und wirtschaftliche Willensbildung innerhalb der Arbeiterschaft.

Eine solche einheitliche wirtschaftliche und politische Willensbildung wird gefördert durch die gleichen wirtschaftlichen und politischen Interessen sowie durch den Zusammenschluß in wirtschaftlichen und politischen Organisationen zur Vertretung dieser Interessen. Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aus dem Arbeitsverhältnis bedarf die Arbeiterschaft vor allem der unbeschränkten und ungehinderten Vereinigungsfreiheit. Denn die kapitalistische Produktions-

weise hat es mit sich gebracht, daß der größte Teil des Volkes abhängige, also Lohnarbeit leisten muß. Die Gleichheit, die jedem Volksgenossen im Staatsleben gewährleistet ist, fehlt in der Wirtschaft. Unternehmertum und Arbeiterschaft stehen sich im scharfen Interessengegensatz gegenüber. Die Produktionsmittel befinden sich heute noch zum größten Teil in Händen der Kapitalisten, während der Arbeiter nur seine Arbeitskraft zur Verfügung hat, um sich durch das Leben zu schlagen. Diesem ungleichen Verhältnis begegnete der deutsche Volksstaat dadurch, daß in der Deutschen Reichsverfassung im Artikel 157 die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt wurde.

Eine solche Bestimmung bliebe unwirksam, wenn nicht gleichzeitig den Gewerkschaften, die sich zur Aufgabe gestellt haben, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen aus dem Arbeitsverhältnis zu vertreten, die nötige Freiheit zu dieser Tätigkeit garantiert würde. Der deutsche Volksstaat gewährt im Artikel 159 diese Freiheit zur Vereinigung. Dieser besagt: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, die diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Im alten Staat war dieses im Artikel 159 gewährleistete Recht nur mit Beschränkungen anerkannt, nämlich nicht für „jedermann“, sondern nur für „Arbeitgeber und Arbeitnehmer der gewerblichen und Bergbaubetriebe“. Ausgeschlossen von dem Recht, sich zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen, waren landwirtschaftliche Arbeiter, Eisenbahnarbeiter, Dienstboten und namentlich Beamte.

Im alten Staat waren somit die Grenzen für gewerkschaftliche Betätigung und Ausbreitung wesentlich enger gesteckt, da die Vereinigungsfreiheit nicht für jedermann, sondern nur für gewerbliche Arbeiter gewährleistet war. Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiterschaft waren gesetzlich nicht anerkannt, sie waren nur nicht verboten. Im § 152 der Gewerbeordnung waren wohl alle bestehenden Koalitionsverbote aufgehoben, aber der Galgen war im § 153 geschaffen, an den alle gehängt wurden, die gegen die Bestimmungen des § 152 verstießen. Der alte Staat erkannte in keiner Hinsicht die Gewerkschaften als berufene Interessenvertretungen der Arbeiterschaft an. Anders der neue Staat. Im Artikel 165 der Reichsverfassung heißt es: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in

Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen werden anerkannt.“

Diese Verfassungsbestimmung zeigt den Fortschritt, der im neuen Staat hinsichtlich der gesetzlichen Anerkennung der Gewerkschaften durchgesetzt wurde. Die Gewerkschaften sind im neuen Staat nicht nur gelittene Körperschaften, sondern sie werden in der Reichsverfassung grundsätzlich anerkannt. Auch in später verabschiedeten Gesetzen, im Betriebsrätegesetz, im Arbeitsgerichtsgesetz, im Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden die Gewerkschaften als die berufenen Vertretungen der Arbeiterschaft anerkannt. Diese Anerkennung bedeutet keineswegs eine Vorzugsstellung, sondern eine aus den Verhältnissen unseres Wirtschafts- und Staatslebens sich ergebende Notwendigkeit. Es hat langer, zäher Arbeit bedurft, um diesem Grundsatz in der Gesetzgebung Anerkennung zu verschaffen.

In der gegenwärtigen Zeit ist eine Erörterung der Frage „Volksstaat und Gewerkschaften“ besonders aktuell. Die wirtschaftliche Krise hat katastrophal in die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft eingegriffen. Die ungeheure Not der Zeit trübt oftmals den Blick für die ursächlichen Zusammenhänge. Besonders von der nationalistischen Bewegung wird der Kampf gegen das heutige „System“ geführt. In Wirklichkeit richtet sich der Kampf gegen das demokratische Staatswesen, das auch der Arbeiterschaft bei richtigem Gebrauch ihres Wahlrechts den ihr zukommenden Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens gibt. Der Kampf der nationalistischen Bewegung richtet sich auch deshalb gegen den demokratischen Staat, weil ein solches Staatswesen den Organisationen der Arbeiterschaft Bewegungsfreiheit gibt.

Gelingt es den Feinden des heutigen Staates, die Macht zu ergreifen, dann werden sie nicht zögern, den Staat gründlich umzugestalten, um den Einfluß der Arbeiterschaft zu brechen, den sie durch ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen auszuüben vermag. Ganz besonders erwartet das großkapitalistische Unternehmertum die Knebelung der Gewerkschaften; denn es unterstützt nicht umsonst die nationalistische Bewegung mit großen Mitteln. Darüber muß sich jeder Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit vollkommen klar sein, daß nur die demokratische Republik den Organisationen der Arbeiterschaft gesicherte gesetzliche Grundlagen gewährt. Deshalb muß die ganze Kraft für die Erhaltung dieser gesetzlichen Grundlagen eingesetzt werden.

Wie sich die Arbeiterbank im Krisensturm behauptete

Es sind erst einige Tage her, daß die Öffentlichkeit von dem Sanierungswerk der Großbanken durch das Reich überrascht wurde. Das Jahr 1931 hat den deutschen Großbanken Verluste von mehr als 700 Millionen Mark gebracht. Daneben war noch der Einsatz gewaltiger öffentlicher Mittel notwendig. Unter dem Eindruck dieser Wirtschaftstransaktion sondergleichen stand man noch, als die Arbeiterbank ihren Geschäftsbericht der Öffentlichkeit übergab. Die Durchsicht desselben ist äußerst interessant. Wir haben hier das Beispiel einer soliden Geschäftsabwicklung, einer Vorsicht, frei von allen spekulativen Momenten, die man als Grundsatz bei allen Bankinstituten gewünscht hätte. Die Arbeiterbank ist von Abzügen von Auslandsguthaben unberührt geblieben. Natürlich vermochte sie eine Schmälerung des Einlagenbestandes nicht zu vermeiden, sind doch die Gewerkschaften und die übrigen Einleger der Arbeiterschaft von der Krise ebenfalls hart betroffen worden. Der Einlagenbestand sank von 168 auf 135 Millionen Mark. Es ist notwendig, einige Sätze aus dem Geschäftsbericht zu zitieren: „Dank der Politik weitgehender Liquidität, die unser Institut von allem Anfang an betrieben hat, war

die Mobilisierung ohne Schwierigkeiten möglich, zumal es in der gleichen Zeit gelang, die Außenstände nicht unwesentlich zu vermindern. Sehr günstig wirkte sich die hohe Liquidität des Instituts an dem kritischen 13. Juli 1931 aus, an dem wir ohne jede Einschränkung alle Wünsche der Einlegerschaft befriedigen konnten. Diese Tatsache sowie die den Interessen der Kundschaft angepaßte weitherzige Handhabung der Ueberleitungsvorschriften in den folgenden Wochen hat wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen der Kundschaft zu unserm Institut nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu stärken. Es war infolgedessen auch ein vergebliches Bemühen der gewerkschaftsfeindlichen Kreise in Presseveröffentlichungen und in Versammlungen durch Verbreitung falscher Nachrichten Mißtrauen gegen die Arbeiterbank zu wecken... Wir können feststellen, daß im allgemeinen die Abhebungen bei dem Institut lediglich auf echten Geldbedarf, nicht aber auf Vertrauensminderung beruhen.“

Naturgemäß war ein Rückgang des Gesamtumsatzes entsprechend den furchtbaren Verhältnissen des verflossenen Jahres nicht zu vermeiden; er beträgt 3,068 Milliarden Mark gegenüber 3,363 Milliarden Mark im Jahre 1930. Die

selbständigen Zahlstellen der Bank wurden vermehrt durch Einrichtung solcher in Dortmund und Lübeck, zu denen später noch eine in Leipzig trat. Die in der Bilanz ausgewiesenen Bankguthaben verteilen sich mit 74 % auf Banken des Reiches, der Länder sowie sonstige öffentlich-rechtliche Banken und mit 26 % auf Großbanken und erste Privatbanken. Die übrigen flüssigen Mittel, die sofort greifbar sind, sind gegenüber dem Vorjahr um 5,67 Millionen Mark erhöht. Die Liquidität der Arbeiterbank steht also nach wie vor außer Zweifel. Die von ihr erworbenen Wertpapiere zur Anlage der Spargelder usw. sind vorsichtig bewertet. Sie wurden noch weit unter den amtlichen Bilanzkursen eingesetzt, so daß erst ein Verlust eintreten würde, wenn es noch weit schlimmer kommt. Die Arbeiterbank braucht keine eigenen Akzente zur Beschaffung von Auszahlungsgeldern zu begeben, wodurch sie sich vorteilhaft von andern Instituten unterscheiden dürfte. Die Bank der Gewerkschaften weist nur einen offenen Gewinn von 583 000 M aus. Das Gewinnergebnis ist noch wesentlich günstiger, weil die Leitung des Instituts es für zweckmäßig erachtete, erhebliche Rückstellungen vorzunehmen, damit eine noch weitere innere Stärkung eintreten konnte. Eine Dividende wird nicht verteilt, so daß auch der offene Reingewinn zur Stärkung des Instituts verwendet wird. Ueberblickt man die Geschäftsergebnisse der Arbeiterbank, so können die Einleger dieses Instituts auch der nächsten Zukunft mit aller Sicherheit entgegen sehen. Die Arbeiterbank hat den schweren Sturm der letzten 10 Monate überstanden, und wird auch in Zukunft allen Schwierigkeiten zum Trotz sich günstig zu behaupten vermögen. Das ist eine Leistung, die Anerkennung verdient und wahrscheinlich erst in späterer Zeit richtig gewürdigt wird.

Ein Ausflug in das Zeitalter des zweistündigen Arbeitstages

Der Professor Dr. C. C. Furnas hat in New York ein Buch herausgegeben unter dem Titel: „Amerikas morgiger Tag. Ein Ausflug in das Zeitalter des Zwei-Stunden-Arbeitstages.“ Wie wir einem Auszug aus diesem Buch entnehmen, stellt sich der Verfasser in bewußtem Gegensatz zu jenen, die in den Maschinen eine Hauptursache der Not unserer Zeit sehen wollen. Seiner Meinung nach liege das Uebel nicht in der durch Maschinen hervorgerufenen Beschäftigungslosigkeit, sondern in dem Mangel an Existenzmitteln. Diese Ansicht ist zutreffend. Wenn alle Menschen die notwendigen Existenzmittel hätten, erübrigte sich nur noch die Verwendung der Produktionsmittel mit dem Bedarf in Einklang zu bringen, und dann müßte die Arbeitslosigkeit aussterben. Das Festhalten an einer langen Arbeitszeit, bei der bereits soweit gediehenen Mechanisierung der Produktion, ist unvernünftig, und daraus erwachsen zu einem wesentlichen Teil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, für die Arbeiter und Angestellte die Kosten zu tragen haben. Man kann annehmen, daß heute im Weltmaßstabe ungefähr zwei Milliarden mechanische Pferdekkräfte zur Verfügung stehen. Professor Furnas kommt auf Grund dieser Tatsache zu der Feststellung, daß jeder Mensch heute 165 Sklaven in der Gestalt von Kupferdrähten oder Benzintanks zur Verfügung hat. Als sich die ersten Ansiedler von Nordamerika ansässig machten, standen jedem derselben durchschnittlich die Kräfte dreier Sklaven in der Form von Menschen- oder Pferdekraften oder auch von Wasserrädern zur Verfügung. Auf Grund dieser Entwicklung müßte daher die Arbeitszeit auf den 55. Teil von damals verkürzt sein. Dr. Furnas sieht den einzigen Weg zur Rettung darin, daß die von Maschinen den Menschenkräften übrig gelassene Arbeit in jedem Lande durch Verkürzung der Arbeitszeit verteilt werde. Er sieht die Zeit nicht mehr so fern, da vier Stunden Arbeit täglich genügen, die später auf drei, ja sogar zwei sinken werden. Diese Zeit wird genügen, um allen Bedarf der

Menschen herzustellen. Dann kommt das Zeitalter der Muße, die Zeit, in der auch dem arbeitenden Menschen die Möglichkeit gegeben sein wird, sein Leben lebenswerter zu gestalten.

Die Wissenschaftler wissen also schon den Weg, wie wir aus der schweren Wirtschaftskrise herauskommen können. Da nun das Unternehmertum aus dieser Entwicklung freiwillig nicht die richtige Konsequenz ziehen will, bleibt nichts anderes übrig, als daß durch die Gesetzgebung der verschiedenen Länder die Wirtschaft von den Fesseln des überlangen Arbeitstages befreit wird, und daß zunächst mindestens die 40-Stunden-Woche gesetzlich zur Einführung kommt. Eine längere Arbeitszeit ist weder technisch noch volkswirtschaftlich zu rechtfertigen. Wie es aber auch kommen mag, unsere Enkel werden mit einer so kurzen Arbeitszeit rechnen können, daß das Problem der Zeitverwendung ernsthaft in Erwägung gezogen werden muß. Doch vorerst haben wir noch mit andern Verhältnissen zu rechnen.

Zur Wirtschaftslage

In Deutschland beschäftigt sich eine Stelle fortlaufend mit den Bewegungsgesetzen und Ausdrucksformen der Wirtschaft, das ist das Institut für Konjunkturforschung. Im allgemeinen haben sich die Voraussichten dieses Instituts als richtig erwiesen. Die neueste Prognose lautet unter anderm folgendermaßen:

„In Deutschland hält die Wirtschaftsschrumpfung an. Preise, Produktion und Umsatz sind weiter abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit ist auf 6,13 Millionen angeschwollen. Das zur Aufnahme von Verbrauchsgütern verfügbare Einkommen setzt seine Abwärtsbewegung fort. Die Not und wohl auch die Unsicherheit über die künftige Entwicklung zwingen zum Einsatz von Ersparnissen für den laufenden Konsum. Der Absatz der Verbrauchsgüterindustrien wird dadurch etwas gestützt. Der Absatz der Produktionsgüterindustrien unterliegt demgegenüber einem verstärkten Druck. Die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden stehen unter dem Einfluß dieser Entwicklung. Die Sozialausgaben haben die Tendenz, weiter zu steigen, indes die Steuereinnahmen spärlicher fließen. Der Ausgleich wird um so schwieriger, als sich erweist, daß eine Heraufsetzung der Steuersätze das Steueraufkommen kaum noch erhöht. Die nächsten Monate werden mit dem Saisonumschwung möglicherweise gewisse Entlastungstendenzen für die konjunkturell an sich abwärts gerichtete Wirtschaft mit sich bringen.“

Ein Umschwung zur Besserung der Konjunktur wird demnach noch auf sich warten lassen. Jeder weitere Schritt auf dem Wege der Deflation muß die Lage verschärfen. Auch erscheint die Entlastung durch internationalen Konjunkturumschwung sehr gering. In keinem der Länder ist ein solcher Umschwung zu erwarten, daß dadurch eine Belebung der Einfuhr hergeleitet werden kann. Ueberblickt man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, so ist die Zunahme seit Januar in diesem Jahre geringer als in den beiden letzten Jahren. Von Anfang Januar bis Mitte Februar nahm die Arbeitslosigkeit dieses Jahr um 459 000 zu, dagegen 1931 um 607 000 und 1930 um 470 000. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober hat sich die Verschlechterung des Arbeitsmarktes nur ganz geringfügig fortgesetzt. Natürlich darf nicht außer acht gelassen werden, daß in diesem Jahre weit mehr Arbeitskräfte außer Funktion gesetzt waren als jemals zuvor. Die Kurzarbeit ist noch weiter gestiegen. Gegenwärtig wird in Deutschland durchschnittlich nur noch 6½ Stunden je Tag gearbeitet. Nicht alle Stimmen lauten pessimistisch. Der Eisen- und Stahlwarenbund kann zum ersten Male seit Monaten wieder über günstige Einzelheiten berichten. In einzelnen Zweigen der Eisen- und Stahlindustrie macht sich eine Besserung bemerkbar. Auch auf der Leipziger Messe konnte man hier und da günstigere Aussichten hören. Trotz alledem bleibt die Wirtschaftslage schlecht und eine allgemeine Besserung steht vorläufig nicht in Aussicht.“

UNTERHALTUNG ^{UND} WISSEN



Goethe und die geschichtliche Stunde

Wir stehen in einer geschichtlichen Stunde der Entscheidung. Demokratie oder Faschismus? Sozialer Ausbau des Volksstaates oder Diktatur? Soziale Zukunft aus freiem Volke heraus oder Willkür einer Herrenklasse? Darum geht es.

Und in dieser geschichtlichen Stunde — Goethe? Paßt solch ein Gedenken in diese Zeit?

Wer Goethe nur von der Schule her kennt, der mag den Goethe-„Rummel“ vielleicht nicht gern mitmachen. Aber Goethe ist mehr. Es ist schon so, wie Lassalle es einmal ausgesprochen: „der Bürger würde seine Klassiker verbrennen, wenn er sie kennen würde“. Denn die Denker und Dichter sind K ü n d e r. Jede große Zeit der Geschichte hatte ihre Propheten! Und Goethe war einer ihrer größten.

Gerungen hat er um Wahrheit und Klarheit sein Lebenlang. Wie der Faust seines unsterblichen Werks. Was ist des Lebens eigentlicher Inhalt? Was ist des Menschen eigentliche Aufgabe und was ist sein Glück?

Und Goethe-Faust fand es. Doch nicht im bürgerlichen Leben des Tages. „Arbeit in Gemeindrang für die Gemeinschaft!“ „Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!“ Da vor uns liegt die schöne Erde! Vor uns die Aufgabe gegen die Welt! Vor uns die Zukunft! Und die heißt Glück freier Arbeit in Menschlichkeit.

Ein Jahrhundert hat Goethe-Faust mit dieser Erkenntnis überwunden. Schon im ersten Beginn der Maschinenzeit sah er jenseits der kommenden Zerrissenheit von Volk und Welt das eine Neue: das Gemeinschaftliche, das brüderlich-bindende Glück.

Es ist erwiesen, daß die sozialistischen Utopisten auf Goethe befruchtend eingewirkt haben. Doch er nahm die soziale Lehre nicht nur als ökonomische Aufgabe hin. Er spürte ihren tiefsten, heiligen Sinn. Er ahnte das große Neue der Freiheit und der brüderlichen Arbeit für alle.

Und dann kam die große Stunde, da ein Marx den praktischen Weg wies zu dem Ziel: Zusammenschluß aller Geknechteten, Kampf gegen die Wirtschaftsmacht, die herrscht, Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der Gemeinschaft.

Und das Volk ging den Weg. Und es schloß sich zusammen. Und als Gewerkschaftsbewegung wuchs der neue Gedanke wirtschaftlich zu geschichtlicher Wucht und Macht. Gefahr für das Alte, für Herrentum und Besitz. Und schroffer und schroffer wurden die Gegensätze. Und sie drängen zur letzten Entscheidung.

Und da: Goethe! Der echte, revolutionäre Goethe! Der K ü n d e r Goethe! Der Prophet!

Hoch der heilige Gedanke, um den es geht!

Seid durchglüht von dem sittlichen Glauben an euren Kampf!

Stellt alles Kleine zurück gegen solchen Gedanken!

Seid einig und stark! —

„Arbeit in Gemeindrang für die Gemeinschaft!“ „Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!“

Ja, es geht um eine geschichtliche Mission!

Dr. Gustav Hoffmann.

Berufsunfälle vor 5000 Jahren

Wir staunen oft über die ungeheure Leistung, die von jenen ägyptischen Menschen beim Bau der Pyramiden vollbracht worden ist. Ohne Maschinen wurden die Steinkolosse aufeinandergesetzt. Wie war das möglich?

Vielleicht sind sich die wenigsten dann dessen bewußt, daß es auch damals schon auf Kosten der Gesundheit der Schaffenden gegangen ist. So ruhig und

gemütlich, wie mancher vielleicht denkt, vollzog sich dieser Pyramidenbau nicht.

Da wird jetzt von einer Papyrusrolle berichtet, in der unter anderem die Unfälle jener Zeit und die Heilung der Opfer beschrieben werden. Da werden neben Kriegsverletzungen auch die Unfälle beschrieben, und wir erfahren, daß diese Unfälle eine große Rolle spielten.

Das zeigen auch die Untersuchungen an 5000 bis 6000 altägyptischen Gebeinen, die man vorgenommen hat. Sie weisen bis über 3% Knochenbrüche auf. Es ist nicht anzunehmen, daß gerade Knochenbrüche in solcher Zahl auf Kriege zurückzuführen sind. Die schwere Arbeit an den Pyramidenbauten trägt die Hauptschuld. Das Unmaß der Arbeit, das man von jenen schaffenden Menschen vor 5000 Jahren verlangte. Und wenn wir über ihre Werke heute staunen, dann sollten wir auch der großen Opfer gedenken, die diese Werke erforderten, und in den Werken finden den Ausdruck des Könnens eines alten einfachen Volks und der Ausbeutung, der es offensichtlich ausgesetzt war.

Große Gräber und eines Großen Grab

Im Verlag „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61, erscheint demnächst ein neues, ein soziales Reisebuch. Sein Titel lautet: Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa. Der bekannte, in Dortmund lebende Arbeiterdichter Erich Grisar hat es geschrieben, und seine Kamera hat die etwa 100 Photos aufgenommen, die in Tiefdruckwiedergabe den neuen, von Jan Tschichold typographisch betreuten Großformat-Band des Bücherkreises schmücken. Für 4,30 Mk. kann jeder an dieser interessanten Europareise unter Grisars Führung teilnehmen.

Die Fremden, die nach London kommen, um sich in einer dreistündigen Rundfahrt die Sehenswürdigkeiten dieser gewaltigen Stadt zeigen zu lassen, werden ohne Ausnahme in die St.-Pauls-Kathedrale geführt, wo sie die Gräber Nelsons und Wellingtons und den riesigen, aus der Bronze eroberten Geschütze gegossenen Prunkwagen, der zur Bestattung Wellingtons gebraucht wurde, bewundern dürfen. Haben sie das überstanden, schleppt man sie zur Westminster-Abbey, dem englischen Warenhaus für Nationalheilige, das die große Idee, der die Erbauer dieses Domes dienten, nur noch im Mittelschiff, in dem der unbekannte Soldat würdig begraben liegt, erkennen läßt, während der Schwung der Seitenschiffe durch Hunderte von Denkmälern und Erinnerungstafeln an große Tote vollkommen verzerrt ist. Die Eiligen, die mehr oder weniger mit der Absicht reisen, die Angaben ihres Reiseführers zu kontrollieren, finden hier die Gräber Händels, Dickens' und Darwins und ein Erinnerungsmal an Shakespeare. Der Eifrige findet noch die Gräber Miltons und Ruskins und die Steine, unter denen Robert Browning und Thomas Hardy ausruhen, doch wird der helle Klang ihrer Namen gedämpft durch die Vielzahl derer, mit denen nicht in einer Reihe zu liegen fast schon wieder eine Auszeichnung ist.

Einem, den das England von heute, das London der City und des Fremdenverkehrs, zwar vergaß, auf den aber das London von morgen stolzer sein wird als auf manchen von den vielen Namen, in deren Glanz die Stadt sich heute noch eitel spiegelt, ward diese Auszeichnung zuteil.

Kein Lied sang dieser Mann zum Lobe dieses Landes, das ihm, dem Flüchtigen gestattete, Ideen, die einmal die von ihren Thronen stürzen werden, die heute noch die Herren dieser Erde sind, zu denken und niederzuschreiben. Das einem Gehetzten Asyl gab in den schwersten Zeiten seines Lebens. Und der, was er schuf, nur schaffen konnte in diesem Lande, das vor einem Jahrhundert schon den Ablauf dessen abzulesen gestattete, was Jahrzehnte und Jahrhunderterte später erst in den Nachbarlän-

dern sich entwickeln sollte. Es ist Karl Marx, der auf englischem Boden die Vorwürfe fand für sein gewaltiges Werk, das einer ganzen Klasse den Impuls zu ihren Kämpfen gab und das einmal beitragen wird, die Gesellschaft von heute abzulösen durch eine neue Gesellschaft, die viele Namen von denen, zu denen heute die Menschen wallfahrten, vergessen wird, die aber seinen Namen herausheben wird aus dem Dunkel, in das er nie versank.

Im Norden Londons, nahe den Quartieren der Armen, für die er sein Leben gab, liegt auf einem Hügel, den eine freundliche Kapelle krönt, Highgate Cemetery, der Friedhof, auf dem Marx begraben liegt. Ein Park ist nahe, in dem bei schönem Wetter, wie die ersten März-tage es der Erde schenken, hunderte froher Kinder spielen und lärmern. Inmitten zehntausender weißer Grabsteine, die jeder den Namen eines Menschen festhalten sollen für Ueberlebende, die vielleicht selbst schon zu den Toten dieses Friedhofs gehören, liegt ein Grab, das einfach ist wie der Mensch, der hier ruht, und das wie dieser seinen Wert in sich, nicht in der äußeren Form findet.

Ein Rasen nur, von schmaler Steinfassung begrenzt. Am Kopf des Grabes, das durch die Nummer 24 748 bezeichnet ist, liegt ein flacher Stein, der die Namen von vier Menschen trägt, die, zusammengekettet durch das Schicksal, ihren Glanz bekommen durch den einen, dessen letztes Lager sie teilen.

„Jenny von Westphalen, the beloved Wife of Karl Marx, born 12. 2. 1814, died 2. 12. 1881 and Karl Marx, born 5. 5. 1818, died 14. 3. 1883“ ist auf dieser Totentafel zu lesen. Darunter finden wir die Namen Harry Longuet, der eine Woche nach Karl Marx gestorbene Schwiegersohn und Helena Demut, die am 4. November 1890 dahingegangene Hausgefährtin des großen Mannes. Frieden ist um dieses Grab. Der Frieden vieler Gräber und der Frieden eines Parkes, den keine Fremdenkarawanen stören. Die es besuchen wollen, haben es nicht so leicht wie die, die die Prunkgräber in Westminster besuchen. Aber sie dürfen dann auch eine Stunde in Andacht und des Friedens verbringen an diesem Grabe, das unvergessen ist von den Armen Londons. Unvergessen von den Armen der ganzen Welt. Frische Schnittblumen fand ich auf dem Grab, helle Narzissen und ein kleines, schon welkendes Sträußchen blauer Veilchen. Zeichen dessen, daß unvergessen der ist, der hier, nahe dem Brausen der großen Stadt, die hinter Nebeln sich verbirgt, ruht.

Ärztliches Berufsgeheimnis

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Vertrauen eines Kranken zu seinem Arzt mit eine der wichtigsten Vorbedingungen für erfolgreiche Behandlung bedeutet. Dieses Vertrauen beruht nicht zuletzt darauf, daß der Patient die unbedingte Gewißheit hat, er brauche eine Indiskretion nicht zu befürchten, wenn er sich dem Arzt rückhaltlos offenbart. Das ärztliche Berufsgeheimnis ist der Träger des zwischen Arzt und Patienten bestehenden Vertrauensverhältnisses.

Zu dieser Verschwiegenheit wird der Arzt nicht nur durch persönlichen Takt und Standesauffassung verpflichtet. Er kann im gegenteiligen Fall sogar strafrechtlich verfolgt werden. Nach geltendem Recht werden der Arzt und seine Gehilfen bestraft, wenn sie unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Standes, Berufes oder Gewerbes anvertraut sind, falls ein dahingehender frist- und formgerechter Antrag vorliegt.

Die Geheimhaltungspflicht ist aber nicht absolut. Der Arzt ist nicht zu unbedingter Verschwiegenheit verpflichtet. Das ergibt sich daraus, daß nur der unbefugte Geheimnisbruch strafbar ist. Unbefugt ist die Verletzung des Berufs-

geheimnisses, abgesehen von dem Fall der Einwilligung dessen, der das Geheimnis anvertraut hat, zunächst dann nicht, wenn es das Gesetz ausdrücklich verlangt. Derartige Fälle finden sich zum Beispiel im Strafgesetzbuch selbst, im Reichsgesetz über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, im preußischen Gesetz bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten sowie im Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose. Von besonderer Wichtigkeit ist noch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach ihm ist die Offenbarung dann nicht unbefugt, wenn sie von einem in der Gesundheitsbehörde oder in einer Beratungsstelle tätigen Arzt oder mit Zustimmung eines solchen Arztes an eine Behörde oder eine Person gemacht wird, die ein berechtigtes Interesse daran hat, über die Geschlechtskrankheit des andern aufgeklärt zu werden.

Abgesehen von diesen durch die Gesetze geregelten Fällen bleibt aber noch eine große Reihe übrig, bei der man es trotz Fehlens einer positiven gesetzlichen Bestimmung billigt, wenn der Arzt sein Berufsgeheimnis offenbart. Man denke etwa daran, daß ein Arzt bei einem Patienten beginnende Geisteskrankheit feststellt. Darf er nun unter keinen Umständen den Eltern oder der Verlobten seines Patienten weder von sich aus noch auf eine Anfrage hin Mitteilung machen?

Man ist sich heute in Wissenschaft und Praxis so gut wie einig, daß es Fälle gibt, die nicht anders zu lösen sind als durch eine Abwägung der in Widerstreit tretenden Pflichten. Denn wie es Rechtspflichten gibt, die einer Verschwiegenheitspflicht vorgehen können, so sind auch höhere sittliche Pflichten anzuerkennen, vor denen die Verpflichtung zur Wahrung des Berufsgeheimnisses zurücktreten muß. Der Entwurf zu einem neuen deutschen Strafgesetzbuch trägt dieser Erwägung auch Rechnung, indem er den Arzt dann für straffrei erklärt, wenn er ein ihm anvertrautes oder zugänglich gewordenes Geheimnis zur Wahrung des berechtigten öffentlichen oder privaten Interesses offenbart, das nicht auf andere Weise gewahrt werden kann. Voraussetzung ist hierbei aber, daß das gefährdete Interesse überwiegt. Denn die Wahrung des Berufsgeheimnisses hat stets die Regel zu bleiben. Man darf das Interesse des Patienten an der Geheimhaltung nicht völlig hintansetzen. Insbesondere ist mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß die Eltern oder der Ehegatte allein aus ihrer nahen Beziehung zum Kranken kein Auskunftsrecht herleiten können. Der Arzt hat jeden einzelnen Fall sorgfältig zu prüfen und die kollidierenden Pflichten gegeneinander abzuwägen.

Dr. G. P.

Die Sterblichkeit und ihre Ursachen

Im Jahre 1931 war die Sterblichkeit in deutschen Großstädten in Anbetracht der allgemeinen Notlage verhältnismäßig günstig. Sie betrug 10,3 auf 1000 Einwohner. Bei den Todesursachen steht der Krebs mit 14,1 Sterbefällen auf 10 000 Einwohner an erster Stelle. Hier ist von Jahr zu Jahr eine Zunahme zu bemerken. An zweiter Stelle folgen Herzkrankheiten mit 12,8, Tuberkulose mit 8, Lungenentzündung mit 7,6 usw. auf je 10 000 Einwohner. Die Tuberkulose ist von 1929 bis 1931 von 9,1 auf 8 zurückgegangen. Der Krebs hat also die Tuberkulose weit überflügelt. Selbstmorde nahmen von 2,9 auf 3,3 von 1929 bis 1931 zu. Die Zahl der Todesfälle bei Verunglückungen nahm von 3,8 auf 2,9 ab. Die Zunahme der Sterblichkeit an Krebs und Altersschwäche ist zum Teil auf die Altersgliederung der deutschen Bevölkerung zurückzuführen. Die Zahl der alten Leute nimmt zu und die der jüngeren nimmt ab.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen

Zentralvorstand

Kameraden! Seid auf der Wacht!

So betitelt sich das neue vom Zentralvorstand herausgegebene allgemeine Flugblatt. Das Flugblatt ist für unsere Verbandskameraden bestimmt. Der Versand erfolgte Anfang der Woche an alle Zahlstellen. Empfänger der Flugblattsendungen sind die Kameraden, an die auch die „Zimmerer“-Sendungen gehen. Die Zahlstellenvorstände werden ersucht, dieses wichtige Flugblatt schnellstens an die Verbandsmitglieder zu verteilen.

Der Zentralvorstand.

Zahlstellenberichte

Barth. (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden eingehend die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Entwicklung des Jahres 1931 besprochen. Durch die Wirtschaftslage im allgemeinen war es auch für unser Zahlstengebiet nicht anders zu erwarten, daß die Arbeitslosigkeit sich verhältnismäßig sehr stark auswirkte. Der Kassenbericht wurde ohne Einwendungen von der Versammlung genehmigt. Die bisherigen Funktionäre wurden bis auf eine Ausnahme wiedergewählt. Oppositionell eingestellte Kameraden stellten Anträge, die nicht zu verantworten waren. Es mußte den Kameraden gesagt werden, daß mit den Lokalkassengeldern sehr sparsam wirtschaftet werden muß, um die notwendigen laufenden Ausgaben auch in der kommenden Zeit bestreiten zu können. Die Anträge wurden von der Mehrheit abgelehnt. Mit einem Mahnwort des Vorsitzenden, die gewerkschaftliche Geschlossenheit zu wahren, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Braunschweig. (Jahresbericht.) Im Jahre 1931 war durch die verminderte Bautätigkeit die Arbeitslosigkeit sehr groß. Diese trostlosen Verhältnisse ergaben für den Vorstand rege Arbeitsleistung. Es fanden 13 Vorstandssitzungen, 22 Mitgliederversammlungen, davon 9 in Braunschweig, 7 in Wolfenbüttel, 5 in Wenden und eine in Wendhausen statt. Nach dem Ablauf des Reichstarifvertrages versuchten die Unternehmer mit Reversen unsere Kameraden bezüglich der Entlohnung einzuschüchtern. Dieses Vorhaben ist ihnen nicht gelungen. Neben den Bezirkstarifverhandlungen fanden auch Sonderverhandlungen statt, die sich für den Mittelkanal, Braunschweiger Baugenossenschaft und Sager als nötig erwiesen. In 8 Fällen mußte der Spruchausschuß angerufen werden. Die Schlichtungskommission hatte 4 Fälle zu entscheiden, ferner wurde in 2 Fällen das Arbeitsgericht angerufen. Für 9 Kameraden konnte eine Summe von 416,74 M herausgeholt werden. Besonderes Augenmerk mußte der Vorstand auf den Landkreis Wolfenbüttel richten; hier versuchten die Innungskrauter eine Innungskrankenkasse ins Leben zu rufen. Es ist uns gelungen, außer Harzburg, für das Baugewerbe die Nichtbeteiligung zu erwirken. Ein enges Zusammenarbeiten wurde erreicht im Interesse der Lehrlinge mit der Berufsberatung des Arbeitsamtes, der Berufsschule, der Handwerkskammer, Baugewerke-Innung und deren Gesellenausschuß. Die Jugendabteilung konnte ihre Arbeiten nicht so erledigen, wie es notwendig gewesen wäre, da wir mehrmals einen Jugendleiterwechsel vornehmen mußten. — In den Februarversammlungen in Wolfenbüttel und Braunschweig hielt Kamerad Schumann, Hamburg, einen Vortrag über „Warum Kampf den Gewerkschaften“. Der Vortragende verstand es ausgezeichnet, die aktuellen Fragen eingehend zu behandeln. Zum Schluß forderte der Referent die Kameraden auf, Vertrauen dem Verband entgegenzubringen und sich nicht von jedem Quertreiber hin und her schaukeln zu lassen. Die politische Hochspannung fordert straffes Zusammenhalten in

der Stunde der größten Not. In diesem Sinne fänden auch die Versammlungen ihren Abschluß.

Bunzlau. In der Zahlstelle mußte der seit kurzer Zeit gegen Lohn angestellte Funktionär unserer Zahlstelle seines Postens entbunden werden, weil sich in seiner Kassenführung einige Vorfälle ereigneten, die Zweifel über seine Objektivität und Korrektheit aufkommen ließen. Da in allen solchen Fällen im Interesse der Sauberkeit des verbandsseitigen Organisationsapparates rücksichtslos eingegriffen wird, wurde dieser Fall in der Mitgliederversammlung besprochen und die Maßnahmen der Zentrale — wenn auch einige Bedenken über die Schärfe derselben zurückblieben — gutgeheißen. Was machte nun der anonyme Berichterstatter der KPD-Zeitung („Der Rote Beobachter“) aus diesem Vorfalle? Er berichtete in dem genannten Schreibmaschinenschrift-Organ inmitten lustiger Bilder über Einheitsfront und Verherrlichung der Thälmann-Kandidatur, „daß es in der Zahlstelle Bunzlau recht traurig aussehe, weil man solche Sachen wohl vorbringe in der Versammlung, aber deswegen nicht allzuviel darüber rede, weil man von den Mitgliedern annehme, daß sie lieber Schweigen darüber bewahren sollen, um der RGO. kein Material zu liefern.“ Man sieht hieraus, wie arm doch die letztere an Tatsachenmaterial ist und wie sehr man daher geneigt ist, von sich auf andere zu schließen. Daß die Methode des Schweigegebots von seiten der RGO. angewendet wird, wenn es sich um tatsächliche Korruption innerhalb ihres eigenen Oppositionsapparates handelt, nimmt nicht wunder, weil Verdrehungs- und Vertuschungsmethoden die Grundlage ihres Bestehens bilden. Man sollte aber doch erwarten, daß die zum Zellenlegen beorderten „Einheitsfrontler“ — mögen sie mit der Objektivität noch so sehr auf dem Kriegsfuße leben — ihre geistige Unfähigkeit, die Disziplin der freien Gewerkschaften einigermaßen richtig beurteilen zu können, nicht so offen zur Schau tragen würden. Doch dem überzeugten freien Gewerkschafter ist die Schwäche der Opposition nichts Neues.

Buxtehude. (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung erstattete der Vorsitzende einen Bericht über das Geschäftsjahr 1931. Es haben 8 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen stattgefunden. In einer Versammlung hielt Kamerad Eder, Hamburg, einen Vortrag über die Wirtschaftskrise und Gewerkschaften. Weiter berichtete der Vorsitzende eingehend über die Lohnbewegungen sowie über die Arbeitsmarktverhältnisse im Zahlstengebiet. Dem Kassierer, der den Jahresbericht erstattete und die Abrechnung vom 4. Quartal vorlegte, wurde Entlastung erteilt. Um unsere Lokalkasse durch die anhaltende Arbeitslosigkeit nicht zu schwächen, wird ab 1. Januar die Freimarke mit 10 ♂ bewertet. Nachdem der bisherige Vorstand mit einigen Ausnahmen wiedergewählt wurde, gab Kamerad Meyer den Kartellbericht. Mit einem Appell, auch in diesem Jahr die Interessen des Verbandes zu wahren, fand die von gutem Gewerkschaftsgeist getragene Versammlung ihren Abschluß.

Daber. (Jahresbericht.) Der Vorsitzende erstattete in der Generalversammlung für unser Zahlstengebiet einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit und über die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die von den Revisoren beantragte Entlastung des Kassierers fand einstimmig Annahme. Zur Stärkung der Lokalkasse wurde beschlossen, vom 1. Februar an 2 Freimarken im Monat mit 10 ♂ zu bewerten. Die bisherigen Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte im Namen des Gesamtvorstandes für das entgegengebrachte Vertrauen und forderte die Kameraden auf, auch in diesem Jahre ihre ganze Kraft für den Verband und für die Interessen der Arbeiterbewegung einzusetzen. Zum Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, wonach an durchreisende Kameraden kein Lokalgeschenk mehr gewährt wird.

Dresden. (Jahresbericht.) Am 27. Februar fand unsere Jahresversammlung statt. Im Geschäftsbericht behan-

delt Kamerad Klinke in großen Zügen die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft. Weiter berichtete er über die Lohnbewegungen. Die Unternehmer versuchten einen sechzehnprozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Wir mußten zum Angriff übergehen und bei verschiedenen Unternehmern zum Mittel des Streiks greifen. Es haben 212 Kameraden zusammen 1078 Tage gestreikt. Dadurch wurden die Unternehmer zu weiteren Verhandlungen gezwungen, und der von ihnen einseitig festgesetzte Lohnabbau konnte verhindert werden. Im Berichtsjahr wurden 42 Arbeitsstreitigkeiten erledigt, wodurch an 61 Kameraden ein Betrag von 4935 M herausgeholt werden konnte. Die Arbeitslosigkeit betrug im Jahresdurchschnitt 76,13 %. Es hat sich deshalb eine Sanierung der Kassenverhältnisse notwendig gemacht. Dabei konnte nicht vermieden werden, auch die Freimarken mit 10 ♂ zu belasten. Am Schluß seines Berichtes legte Kamerad Klinke der Versammlung eine Entschließung vor, die in ihrem Hauptkern baldige Arbeitsbeschaffung fordert. Diese Entschließung wurde mit Beifall aufgenommen und mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. Anschließend schildert Kamerad Birk an Hand von Zahlen die Auswirkung der gegenwärtigen Verhältnisse auf die Lehrlingsabteilung. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der organisierten Lehrlinge von 462 auf 188 gesunken. Ausgeschieden sind nur 11, die übrigen haben im Laufe des Jahres ihre Lehrzeit beendet. Neu eingetreten sind 26 Jungkameraden. Aber selbst diese wenigen Lehrlinge sind unzureichend beschäftigt worden. Nach den Ermittlungen betrug die durchschnittliche Beschäftigung rund 30 Wochen. Kamerad Seidel erstattete den Kassenbericht. Die Neuwahlen ergaben Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Die Anträge, die alle aus der bekannten Antragsfabrik kamen und zum Teil so unsinnig waren, daß sie selbst von ihren eigenen Anhängern nicht unterstützt wurden, verfielen der Ablehnung. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Jahresversammlung einen — den Dresdner Zimmerern — würdigen Verlauf genommen hat.

Genthin. (Jahresbericht.) In der Generalversammlung berichtete der Vorstand über seine Tätigkeit im Jahre 1931. Es haben 6 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen stattgefunden. Weiter gab der Vorsitzende eine genaue Aufstellung über die Erwerbslosigkeit im Berichtsjahr. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wurde einstimmig gutgeheißen. Der neue Vorstand setzt sich zum größten Teil aus den bisherigen Funktionären wieder zusammen. Zum Schluß wurde noch auf die politische Lage hingewiesen und die Kameraden aufgefordert, mit beizutragen, um dem Faschistenspuk die verdiente Niederlage beizubringen. Es gilt, alle Kraft einzusetzen für die soziale und wirtschaftliche Demokratie und für die demokratische Republik. Mit einem Appell, treu zum Verbands zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Gera. (Jahresbericht.) Bevor zur Tagesordnung unserer Generalversammlung übergegangen wurde, ehrte der Vorsitzende die während des Berichtsjahres verstorbenen Kameraden aus der Zahlstelle und das Ableben des Kameraden Hermann Kube. Kollege Nikolaus, Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hielt einen Vortrag über „Das Spruchverfahren in der Erwerbslosenversicherung“. Die Ausführungen wurden sehr aufmerksam von den Kameraden verfolgt, und die einsetzende Diskussion sowie Fragenstellung ließ erkennen, wie notwendig es ist, Aufklärung über die Versicherungseinrichtungen der Arbeiterschaft zu schaffen. Anschließend erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Geschäftsbericht. Besonders eingehend behandelte er die stattgefundenen Lohnverhandlungen sowie die Auswirkungen der 4. Notverordnung auf das Arbeitsrecht. Auch mußten mehrere Klagen vorm Arbeitsgericht für unsere Kameraden geführt werden. An Versammlungen fanden 13 und an Vorstandssitzungen 15 statt. In den Versammlungen wurden eine Reihe von sehr wichtigen Vorträgen gehalten. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß auch

hier die Krise sich sehr ungünstig auswirkte. Aber trotz alledem war es noch möglich, sehr bedürftigen Kameraden zu Weihnachten eine kleine Beihilfe zu gewähren. Dem Bericht des Jugendleiters war zu entnehmen, daß auf dem Gebiete der Jugendarbeit sich im Berichtsjahr eine rege Tätigkeit entfaltet. Es wurde in der Aussprache anerkannt, daß besonders die Schulung der Jugend notwendig ist, wo in der Jetztzeit die radikalen Gruppen mit aller Anstrengung versuchen, die Jugend an sich zu reißen. Dem Gesamtvorstand wurde für seine Tätigkeit einstimmig Entlastung erteilt. Dieselbe Einmütigkeit kam auch bei der Neuwahl zum Ausdruck, denn es wurden sämtliche Kameraden wiedergewählt. Der Vorsitzende konnte mit einem Appell, daß sich alle Kameraden der „Eisernen Front“ anschließen müssen, die gut besuchte Versammlung schließen.

Großseelheim. (Jahresbericht.) Am 4. Februar hielten wir unsere Jahresversammlung ab. Im Geschäftsbericht wurde darauf hingewiesen, daß sich die Arbeit des Vorstandes in der Hauptsache auf die Sozialversicherungszwecke beschränkte. Die Mitgliederzahl konnte trotz der Krise gesteigert werden. Der Kassenbericht vom 4. Quartal wurde ohne Einwendungen angenommen. In Anbetracht der Erhaltung der regen Lokalgeschäfte wurde einstimmig beschlossen, die Freimarken mit 10 ♂ zu bewerten. Mitglieder ohne Unterstützung und sonstiges Einkommen sind davon befreit. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Gauleiter Kamerad Ebert, Frankfurt, berichtete über die letzten Lohnverhandlungen sowie über die wirtschaftliche Lage. Zum Schluß wurden noch örtliche Angelegenheiten erledigt.

Jastrow. Unsere letzte Versammlung beschäftigte sich eingehend mit der jetzigen Lage im Reich. Kamerad Eichhorst, Schneidemühl, hielt einen Vortrag über Kampf dem Faschismus. Er schilderte in seinen Ausführungen, was für Gefahren uns durch das schwarzweißrote Mordgesindel drohen. Gleichzeitig forderte er die Kameraden auf, sich in die Eisernen Front einzutragen. Durch Lichtbilder erklärte der Referent Entstehung, Kampf und Entwicklung unseres Verbandes während seiner 49jährigen Tätigkeit. Der Vortrag wurde von den Kameraden, die vollzählig erschienen waren, mit großem Beifall aufgenommen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten fand die sehr anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Kempten. (Jahresbericht.) Der Vorsitzende, Kamerad Motz, erstattete in der Generalversammlung einen ausführlichen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Er behandelte eingehend die Geschehnisse des nun hinter uns liegenden Elendsjahres 1931. Die Notverordnungen, dazu vor allen Dingen die diktatorischen Eingriffe in die bestehenden Lohn- und Arbeitstarife, haben sich sehr zuungunsten der Arbeiterschaft ausgewirkt. Abgehalten wurden im letzten Jahre insgesamt 12 Versammlungen, 2 Ausschusssitzungen und eine Bezirkskonferenz. Außerdem war die Zahlstelle in 12 Kartellsitzungen vertreten. Die früher sehr aktiv gewesene Zahlstelle Immenstadt hat sich als Opfer des Jahres 1931 auflösen müssen. Die wenigen Kameraden, die dem Verband noch die Treue bewahrten, haben sich unserer Zahlstelle angeschlossen. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht, woraus zu ersehen war, daß äußerster Sparsamkeit notwendig ist. Die alten Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt. Nach einigen lokalen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Leipzig. (Jahresbericht.) Am 20. Februar fand im Volkshaus unsere von über 700 Kameraden besuchte Generalversammlung statt. In seinem Bericht behandelte der Vorsitzende zunächst die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge des Jahres 1931, die in ihren Auswirkungen für die Arbeiterschaft und die gesamte Wirtschaft geradezu katastrophal waren. Weiter gab der Redner ein Bild von der unerträglichen Lage auf dem Baumarkt. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in unserer Zahlstelle betrug im

Jahre 1931 65 %. Wenn wir trotz dieser Arbeitslosigkeit die brutalen Angriffe der Unternehmer auf unsern Tariflohn in der Hauptsache abwehren konnten, so ist dieses der Geschlossenheit der Bauarbeitergewerkschaften zu verdanken. Diese erfreuliche Schlagkraft der freien Gewerkschaften — trotz einer noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit — läßt die Helden der RGO. nicht ruhig schlafen, mit geradezu verbrecherischen Mitteln wird versucht, diese Geschlossenheit zu zerschlagen, wie es in letzter Zeit auch in unserer Zahlstelle wieder versucht wird. Wir haben im Berichtsjahre die Arbeitsgerichte in 20 Fällen anrufen müssen, die 32 Termine erforderten mit einer Gesamtsumme von 2400 M. Die Tätigkeit vor den Spruchbehörden der Versicherungsanstalten hat sich erheblich gesteigert. Besonders schwer haben unsere Lehrlinge unter dem wirtschaftlichen Chaos zu leiden; soweit wir die Möglichkeit dazu hatten, haben wir unsere ganze Kraft für sie eingesetzt. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor. Den Kassenbericht erstattete Kamerad Oschatz. Er zeigte, wie nicht anders zu erwarten, eine rückläufige Tendenz in den Einnahmen. Kamerad Bezold erstattete den Revisionsbericht und beantragte, dem Kassierer und der Gesamtverwaltung Entlastung zu erteilen. Die Entlastung des Kassierers wurde erteilt. Mit überwältigender Mehrheit wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Auf die RGO., deren Liste an sich von der Versammlung abgelehnt wurde, entfielen ganze 57 Stimmen. Damit war den Gewerkschaftsfeinden die verdiente Quittung erteilt. Anträge des Vorstandes und der Funktionäre, die zur Sanierung der Lokalkasse der Versammlung unterbreitet wurden, sind mit übergroßer Mehrheit angenommen worden. Die Anträge sehen einen wöchentlichen Beitrag für Arbeitslose in Höhe von 10 S vor, der von der ersten Märzwoche an erhoben wird, die Invalidenunterstützungsempfänger haben weiter 50 S an die Lokalkasse abzuführen. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden, die Reihen innerhalb des Verbandes und der Eisernen Front im Sturmjahr 1932 noch fester zu schließen, um so Nazis wie Kozis die verdiente Antwort zu erteilen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Genossenschaftsbewegung

Gemeinnutz geht vor Eigennutz

Charakter und Wesen der Genossenschaftsbewegung sind seit den Tagen ihrer Entstehung in die Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ geprägt worden. Und das „Einer für alle, Alle für einen!“ ist gerade heute in allen Genossenschaften lebendig, um die Stürme der Wirtschaftskrise abzuwehren, damit keinem Gliede der Bewegung Schaden zugefügt werde. Diese Tatsachen gelten insbesondere auch für die Konsumgenossenschaften, die vor allem dem „kleinen Mann“ in der Fabrik, im Handwerk, im Büro und in der Beamten, nicht zuletzt auch der Landwirtschaft dienen. Die Stärkung der Kaufkraft durch Konzentration in der Warenverteilung und daraus sich ergebende wirtschaftliche Vorteile für den „kleinen Mann“, ist Gegenstand der konsumgenossenschaftlichen Leistung. Und zwar ohne jede Rücksichtnahme auf parteipolitische und weltanschauliche Ueberzeugungen und Bekenntnisse.

Man sollte deshalb meinen, daß der allgemein sozialwirtschaftliche Charakter der Konsumgenossenschaften weder bei einer Partei noch bei einem Berufsstand, mit Ausnahme des Privathandels, auf Gegnerschaft stoßen könnte. Aber weit gefehlt. Von den politischen Parteien zeichnen sich Deutschnationale und Nationalsozialisten durch einen geradezu wütenden Haß gegen die Konsumgenossenschaften aus, und leider werden die Handwerker in ganz unverantwortlicher Weise von ihren berufständigen Organisationen in einen häßlichen Gegensatz zu den Konsumgenossenschaften gebracht, obwohl Hunderttausende selbständige Gewerbetreibende Mitglieder von Konsumgenossenschaften sind.

Mit dem Schlagwort: „Schutz dem Mittelstand — Kampf den Warenhäusern und

Konsumvereinen!“ ist die Haltung der genannten Parteien nicht zu erklären. Denn es ist ein Schlagwort für die Wahlzeiten, um die Stimmen des Mittelstandes zu ergattern. Was sich am besten darin zeigt, daß die Nationalsozialisten, die sich am wildesten gegen die Konsumgenossenschaften gebärden, ebenfalls die Formel als Kardinalsatz ihres Wirtschaftsprogrammes beanspruchen: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“ Mit dieser Formel müßten sie die Konsumgenossenschaften fördern, aber nicht ihre Zerstörung predigen. Aber der Nationalsozialismus bewegt sich ja dauernd in Widersprüchen — schon die Firma zeigt es: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.“ Eine „sozialistische Arbeiterpartei“, die sich als „Todfeind der Konsumgenossenschaften“ maskiert, ist begrifflich eine Unmöglichkeit. Ein Widerspruch in sich selbst. Und so erlebt man denn auch, daß in einer neuen Broschüre mit dem Titel: „Nationalsozialismus und Genossenschaftswesen“, erschienen als Heft 32 der Nationalsozialistischen Bibliothek, Herausgeber Gottfried Feder, M. d. R., geschrieben steht:

„Die neuzeitliche Genossenschaftsbewegung nimmt ihren Ausgang von England. (Begründer Robert Owen.) Das bekannteste Beispiel ist hier der im Jahre 1844 gegründete Konsumverein von Rochdale — die 28 Gründer, ihres Zeichens Flanellarbeiter, haben als die „Pioniere von Rochdale“ unsterblichen Ruhm in der Geschichte des Genossenschaftswesens.“

Fügt man nach dieser erfreulichen Erkenntnis noch hinzu, daß die Broschüre im Vorwort mit dem Satz beginnt: „Nationalsozialismus und Genossenschaftswesen... zwei wesensgleiche Begriffe“, dann hat man, in Parallele mit der geminten „Todfeindschaft gegen die Konsumgenossenschaften“, eine bezeichnende Illustration zu dem geflügelten Wort: „Anders als in euren Köpfen malt sich in unsrigen die Welt!“

Als Beitrag zu den bevorstehenden politischen Entscheidungen dürfte der hier aufgezeigte krasse Widerspruch der Nationalsozialisten mit Bezug auf ihre propagandistische Stellungnahme gegenüber den Konsumgenossenschaften als einer der größten Wirtschaftsbewegungen Deutschlands von besonderem Interesse und propagandistisch auch in Mittelstandskreisen verwendbar sein!

Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Der überzeugte Gewerkschafter wird immer die Konsumgenossenschaften unterstützen, weil dieser Form der Güterverteilung die Zukunft gehört. Auf die nationalsozialistischen Phrasen, die gerade im Kampf gegen die Konsumgenossenschaften zum Ausdruck kommen, wird kein aufgeklärter Arbeiter hereinfallen. Wir haben die Pflicht, unsere Eigenunternehmen zu unterstützen.

Wirtschaftspolitisches

Der Kapitalabzug bei den deutschen Banken

Die deutschen Spar- und Kreditinstitute haben seit der Juli-Krise gewaltige Kapitalien zurückzahlen müssen. Der Bestand an Spareinlagen, der bis zum Mai 1931 noch regelmäßig angewachsen war und mit 11,2 Milliarden Mark seinen Höchststand erreicht hatte, ist bis zum Ende des verflossenen Jahres um 1,5 Milliarden geringer geworden. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft hat im Verlauf des Jahres 1931 1145 Millionen Mark an die Gläubiger zurückgezahlt. Davon entfielen 815 Millionen Mark auf ausländische Guthaben, Bar- und Rembours-Kredite. Bei den andern Großbanken war der Abfluß ebenfalls sehr groß. Die Mittel- und Kleinbanken haben desgleichen einen gewaltigen Kapitalentzug in Kauf nehmen müssen. Daraus ist zu ersehen, in welcher Weise die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft beschränkt wurde. Die Berliner Großbanken haben durch Auflösung ihrer Reserven und Zusammenlegung ihrer Aktien einen Gesamtbetrag von rund 700 Millionen Mark verfügbar ge-

macht, der zu Abschreibungen und Rückstellungen auf Verluste, die sich über alle Kreise von Handel und Industrie verteilen, Verwendung gefunden haben. „Diese gewaltigen Ziffern“, so heißt es hierzu in den „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ der DD-Bank, „zeigt besser als alle Darlegungen, in welchem Umfange die soviel geschmähten Banken als Puffer gedient haben, um den Zusammenbruch der seit einem Jahrzehnt durch außen- und innerpolitische Eingriffe ausgehöhlten Wirtschaft aufzuhalten.“ — Diese Verluste sind sicher bedauerlich. Aber schließlich sind die Banken nicht nur dazu da, durch Geldhandel Gewinne zu machen. Auch die öffentliche Hand hat den gleichen Betrag einsetzen müssen, um den Zusammenbruch der Großbanken aufzuhalten. Um in Zukunft eine gewisse Planwirtschaft auf dem Geld- und Kapitalmarkt eintreten zu lassen, ist eine Kontrolle der politisch dazu berufenen Stellen notwendig.

Reichsbankdiskont gesenkt

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6 % und des Lombardsatzes von 8 auf 7 % beschlossen. In der Begründung verwies der Reichsbankpräsident Dr. Luther darauf, daß sich die Situation der Reichsbank in den letzten Wochen gebessert habe. Die Devisenlage sei freilich weniger befriedigend, denn die Golddeckung unserer Zahlungsmittel schwankt immer noch zwischen 24 und 26 %, wogegen nach dem Reichsbankgesetz 40 % vorgeschrieben wären. Die Senkung des Diskonts war aber in Hinsicht darauf, der daniederliegenden Wirtschaft jede mögliche Erleichterung zu gewähren, notwendig.

Arbeiterversicherung

Zur Krankenversicherung Arbeitsloser

Nach § 117 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist jeder Arbeitslose während des Bezuges der Hauptunterstützung gegen Krankheit pflichtversichert. Schon seit Bestehen der Versicherung bestanden Zweifel darüber, ob diese Krankenversicherung auch besteht, wenn der Arbeitslose aus irgendeinem Grunde keine Unterstützung bezieht. Waren diese Zweifel früher nur in Einzelfällen angebracht, so liegen die Dinge jetzt anders. Durch die verschiedensten, im Gesetz verankerten Anrechnungsbestimmungen kommt es heute ziemlich häufig vor, daß der Arbeitslose die ihm eigentlich zustehende Unterstützung nicht erhält. In derartigen Fällen „ruht“ dann die Unterstützung. Infolge der Mehrung dieser Ruhensfälle ist heute die Frage um so mehr berechtigt, ob der Arbeitslose während dieses Ruhens den Schutz der Krankenversicherung genießt oder nicht. Die Rechtsprechung hat sich zu wiederholten Malen mit die Streitfrage beschäftigt. Ähnlich ist die Rechtslage dann, wenn der Arbeitslose während des Laufes einer verhängten Sperrfrist keine Unterstützung erhält. (Erwähnt sei noch, daß auch diese Fälle jetzt mehr vorkommen als früher.) In einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 12. März 1930 heißt es: „Die Krankenkasse kann auf Grund der im Gesetz festgelegten Vorschriften keine Beiträge beanspruchen für Zeiten, für die dem Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung gesperrt wurde.“ Einen ähnlichen Standpunkt hat das Reichsversicherungsamt auch in einer Entscheidung vom 23. Januar 1931 eingenommen. Trotz dieser Entscheidungen, die ja immer nur Einzelfälle betrafen, tauchten in der Praxis immer wieder Zweifelsfragen auf. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sah sich deshalb veranlaßt, in einem besonderen Erlaß vom 10. Dezember 1931 diese Zweifel und Meinungsverschiedenheiten zu klären. Es heißt in demselben:

„Die Praxis sieht sich häufiger vor die Frage gestellt, ob beim Ruhens der Arbeitslosenunterstützung auf Grund der Anrechnungsvorschriften des § 112a des AVAVG. der Arbeitslose noch im Bezug der Unterstützung steht und vom Arbeitsamt gemäß § 117 Absatz 1 AVAVG. gegen Krankheit versichert werden muß.

Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung hat bereits in einer Entscheidung zu § 129 AVAVG. den Grundsatz aufgestellt, daß Beiträge auf Grund des § 129 Absatz 1 AVAVG. nicht zu entrichten sind, solange der Arbeitslose infolge der Anrechnung von Bezügen gemäß § 112a AVAVG. keine Hauptunterstützung bezieht. Desgleichen hat der Senat noch jüngst in der Sitzung vom 4. Dezember 1931 in einer noch nicht veröffentlichten Entscheidung ausgesprochen, daß ein Bezug der Hauptunterstützung im Sinne von § 103 Absatz 3 AVAVG. nicht vorliege, solange die Wartezeit nicht abgelaufen und daher dem Angehörigen die Arbeitslosenunterstützung noch nicht zu zahlen ist. Vorbehaltlich einer Entscheidung im Spruchverfahren bin ich der Auffassung, daß kein Grund vorliegt, unter dem „Bezug der Hauptunterstützung“ in § 117 etwas anderes zu verstehen als in § 129 oder § 103 Absatz 3 AVAVG. Der Herr Reichsarbeitsminister hat in einem Bescheid an die Reichsknappschaft vom 21. November 1931 — IV a 15, 460/31 — die gleiche Auffassung vertreten.“

Dieser Erlaß, der wieder einmal in dem üblichen Amtsdeutsch abgefaßt ist, dürfte für die Versicherten schwer verständlich sein. Es geht aus demselben hervor, daß das Arbeitsamt den Arbeitslosen nur dann gegen Krankheit zu versichern braucht, wenn dieser die Hauptunterstützung ausgezahlt erhält. In allen andern Fällen, in denen die Unterstützung aus irgendwelchen Gründen (Anrechnung von Verdienst, Verhängung einer Sperrfrist usw.) nicht zur Auszahlung gelangt, besteht auch keine Krankenversicherungspflicht. Der Arbeitslose ist also während dieser Zeiten nicht Kassenmitglied. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß diese Auslegung und Auffassung für die Arbeitslosen erneut eine Verschlechterung darstellt. Erwähnt sei, daß in den Zeiten nicht nur die Krankenversicherung nicht besteht, sondern daß auch in derselben vom Arbeitsamt keine Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet werden. Wollen die Arbeitslosen ihre Rechte wahren, so bleibt ihnen weiter nichts übrig, als sich in solchen Zeiten freiwillig zu versichern.

Arbeitsrechtliches

Unzulässige Entlassungen

Eine rechtswirksame fristlose Entlassung wegen Ausübung öffentlicher Ehrenämter (zum Beispiel als Reichstagsabgeordneter, Landtagsabgeordneter, Kreistagsabgeordneter, Stadtverordneter usw.) ist in der Regel durch Artikel 160 der Reichsverfassung ausgeschlossen, der folgenden Wortlaut hat:

„Wer in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis als Angestellter oder Arbeiter steht, hat das Recht auf die zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und, soweit dadurch der Betrieb nicht erheblich geschädigt wird, zur Ausübung ihm übertragener öffentlicher Ehrenämter nötige freie Zeit. Wieweit ihm der Anspruch auf Vergütung erhalten bleibt, bestimmt das Gesetz.“

Jedoch ist nach dem Artikel 160 der Reichsverfassung in solchen Fällen eine befristete Entlassung zulässig (siehe RAG. 283/30 in „Arbeitsrechts-Praxis“, 1931, Seite 71), soweit nicht diese befristete Entlassung wiederum einen Verstoß gegen die im Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleistete Meinungsfreiheit darstellt. Den Wortlaut des Artikels 118 der Reichsverfassung siehe im „Zimmerer“, 1932, Nummer 8, Seite 58.

Die hier vertretene Auffassung wird auch geteilt in der Anmerkung von Nipperdey zu der vorgenannten Entscheidung in der „Juristischen Wochenschrift“, 1932, Seite 534. Nur wegen seiner politischen, gewerkschaftlichen oder einer sonstigen Ueberzeugung darf im Regelfalle ein Arbeiter überhaupt nicht entlassen werden, da der Artikel 118 der Reichsverfassung eine solche Entlassung rechtsunwirksam machen würde. Diese Rechtslage gilt ohne weiteres auch zum Beispiel für Lehrlinge. Siehe hierzu die

Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts 41/31 und 134/31 in der „Arbeitsrechts-Praxis“, 1932, Seite 8, und die ausführliche Besprechung dieser beiden Entscheidungen im „Zimmerer“, 1932, Nummer 8, Seite 58.

Für diejenigen Belegschaftsangehörigen, die eine Betriebsratswahl betreiben, für die Wahlvorstandsmitglieder und für die Kandidaten auf den Vorschlagslisten zu den Betriebsrateneuwahlen gilt die besondere Schutzbestimmung des § 95 BRG. Dieser § 95 BRG. lautet:

„Den Arbeitgebern und ihren Vertretern ist untersagt, ihre Arbeitnehmer in der Ausübung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Rechte zu beschränken oder sie deswegen zu benachteiligen.“

Hiernach ist also eine Entlassung, die einen Verstoß gegen den § 95 BRG. darstellt, ebenfalls unwirksam. (Siehe hierüber RAG. 163/28 und 637/28 in der „Arbeitsrechts-Praxis“, 1929, Seite 71 und 229.)

Die weittragende Bedeutung hat aber die Rechtsfrage, ob es zulässig ist, einen Arbeiter deshalb zu entlassen, weil er seinen Tariflohn verlangt oder weil er auf seinen Tariflohn nicht verzichten will. Hierüber hatte das Reichsarbeitsgericht schon wiederholt zu entscheiden, und zwar in RAG. 195/30 sowie 561/30 („Arbeitsrechts-Praxis“, 1930, Seite 398, und 1931, Seite 296). In beiden Fällen ist das Reichsarbeitsgericht zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Entlassung, weil der Arbeiter Anspruch auf Tariflohn hat, den der Arbeitgeber nach seiner Auffassung nicht zahlen kann, nicht unwirksam sei. Anders wäre die Rechtslage nur, wenn seitens des zuständigen Arbeitgeberverbandes an seine Mitglieder die Anordnung ergangen sei, die Arbeiter, die diesen Tariflohnanspruch haben, zu entlassen. Diese Auffassung des Reichsarbeitsgerichts wird jedoch der tatsächlichen Rechtslage nicht gerecht. Denn es ist nicht zu bestreiten, daß eine derartige Entlassung tatsächlich einen Verstoß gegen die wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit des Artikels 159 der Reichsverfassung darstellt. (Siehe wegen der Bedeutung des Artikels 159 der Reichsverfassung die Ausführungen weiter vorn in dieser Darstellung.) Deshalb muß man die Ansicht vertreten, daß eine solche Entlassung sittenwidrig und rechtsunwirksam ist. In diesem Sinne auch Klausner, Gusko und Potthoff in der „Arbeitsrechts-Praxis“, 1931, Seite 76, 236, 373/374, außerdem Jacoby in „Arbeitsrecht und Schlichtung“, 1931, Spalte 264 ff. Aber selbst, wenn man nicht annehmen will, daß solche Entlassungen als Verstoß gegen die verfassungsmäßig gewährleistete Vereinigungsfreiheit nicht sind, so sind mindestens derartige Entlassungen deshalb unwirksam, weil in jedem Tarifvertrag als ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart anzusehen ist, daß Entlassungen wegen Forderung des Tariflohns unwirksam sind, „denn eine Kündigung, weil der Arbeiter auf Erfüllung des Tarifvertrags besteht, ist stets eine Umgehung des Tarifvertrags und führt deshalb regelmäßig zur Nichtigkeit. Es ist eine solche latente Arbeitsnorm als regelmäßig im Tarifvertrag vereinbart anzusehen.“ So Neumann in „Tarifrecht auf der Grundlage der Rechtsprechung des RGA.“, Seite 59, ebenso auch Nipperdey in der „Juristischen Wochenschrift“, 1932, Seite 435.

Politische Wochenschau

Gegen Auswüchse im Wirtschaftsleben — Ein Erfolg der Sozialdemokratie — Die nächsten Parlamentswahlen — Die Residenzstadt des „Dritten Reiches“ — Der braunschweigische Staat im Dienste der NSDAP.

Auf Grund des Artikel 48 hat die Reichregierung eine Verordnung erlassen, die sich gegen bestimmte Auswüchse im Wirtschaftsleben richtet, aber auch handelspolitische Verschärfungen bringt. Soweit das Zugabewesen, das in dieser Verordnung eine Regelung erfährt, in Frage kommt, handelt es sich um eine Forderung, die auch von den Konsumgenossenschaften in der letzten Zeit stark unterstrichen wurde. Die Verordnung bestimmt, daß es verboten ist, im geschäftlichen Verkehr auf eine Ware eine Zugabe anzubieten, anzukündigen oder zu gewähren. Eine Zugabe soll auch dann vorliegen, wenn die Zuwendung nur gegen einen, wenn auch geringfügigen, offenbar nur zum Schein verlangten Entgelt gewährt wird. Das gleiche gilt, wenn zur Verschleierung der Zugabe eine Ware oder Leistung mit einer Ware oder Leistung zu einem Gesamtpreis angeboten, angekündigt oder gewährt wird. Schlechthin verboten werden Zugaben, die als Geschenk bezeichnet werden oder von einer Verlosung oder von einem sonstigen Zufall abhängig gemacht werden. In einem weiteren Teil wird über die Einheitspreisgeschäfte bestimmt, daß solche in Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern in der Zeit bis zum 1. April 1932 nicht errichtet werden dürfen.

Mit Geschrei und Resolutionen im Reichstag kann dem Volke wenig geholfen werden. Durch den arbeitsfähigen Reichstag veranlaßt, muß die positive Arbeit in die Ausschüsse verlegt werden. Dort ist es jetzt den sozialdemokratischen Vertretern gelungen, die zwar unzureichenden bisherigen Verbilligungsaktionen von Fleisch zugunsten der Erwerbslosen auch weiter fortzusetzen. Zur Fortführung der Fleischverbilligung für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige und zugleich als Weiterführung der Hilfsaktion für die Landwirtschaft hat die Reichsregierung weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Es wird ein weiterer Bezugsschein mit drei Wochen-Abschnitten ausgegeben, und damit die Durchführung der Maßnahme zunächst bis Ende April dieses Jahres gesichert. Der Bezug von frischem Rind- oder Schweinefleisch zu einem Preis, der 30 % unter dem Tagespreis liegt, ist damit weiterhin gesichert für den Kreis der bisherigen Bezahler. Die Geltungsdauer der noch zur Ausgabe gelangenden Abschnitte ist so bemessen, daß in der Osterwoche zwei

Abschnitte des Bezugsscheins verwendet werden können. Die Ausgabestellen der Bezugsscheine sowie die Verkaufsstellen bleiben die gleichen wie bisher.

Das preußische Staatsministerium legte dem ständigen Ausschuß des Landtags eine Verordnung vor, wonach die Wahl zum Landtag am 24. April stattfinden soll. In Bayern und Württemberg wird für den Fall, daß die preußischen Landtagswahlen am 24. April stattfinden, ebenfalls an diesem Termin zu den Landtagen gewählt werden.

Koburg, ein Städtchen in Nordbayern, das eine nationalsozialistische Mehrheit im Stadtparlament hat, soll für die nächste Zeit Residenz des Herrn Hitler werden. Die Platzhalter des „Dritten Reiches“ erwarteten dort das Wahlergebnis, und wollen von dort aus ihre Anweisungen für die nächste Zeit ergehen lassen. Wegen der gespannten politischen Lage hat das bayerische Innenministerium die Ausübung der Polizeigewalt in der Stadt Koburg dem dortigen Stadtkommissar übertragen.

Klagges, der braunschweigische Staatsminister, versteht es, sein Amt zugunsten der NSDAP. auszunutzen. In der Waisenhaus-Druckerei in Braunschweig, einer staatlichen Wohltätigkeitsanstalt, wurden große Mengen nationalsozialistischer Flugblätter gedruckt, die ohne polizeiliche Genehmigung auf Lastwagen nach Preußen gebracht wurden. Wie sehr die Verfasser und Verbreiter dieser ungesetzlichen Druckschriften die Geheimhaltung der Herstellung zu wahren versuchten, geht daraus hervor, daß die Belegschaft der Druckerei unter der Kontrolle von SA-Banditen zu arbeiten hatte. Unter Androhung von Gewaltmaßnahmen wurde die Belegschaft gezwungen, über die vorgenommenen Arbeiten Stillschweigen zu bewahren. So sieht die Volksvertretung der Nazis aus. Die staatlichen Einrichtungen mißbraucht man zu unlauteren Parteigeschäften.

Briefkasten der Redaktion

Polierkameraden! Es ist richtig, daß der Bundesausschuß des Deutschen Polierbundes die Einstellung aller verbandlichen Unterstützungen vom 1. März 1932 an angeordnet hat. Von diesem Tage an wird an die Mitglieder des Polierbundes keinerlei Invaliden-, Kranken- und Erwerbslosenunterstützung mehr gezahlt. Schon lange ist bekannt, daß die finanziellen Verhältnisse dieser Organisation nicht sonderlich gut sind.

Reichsangehörigkeit. Ein Ausländer kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, auf seinen Antrag eingebürgert werden. Die

Einbürgerung in einen Bundesstaat darf aber erst erfolgen, nachdem durch den Reichskanzler festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken erhoben hat. Darüber hinaus kann die unmittelbare Reichsangehörigkeit verliehen werden, wenn der Ausländer in den Staatsdienst des Reiches oder eines Bundesstaates tritt. Für die Erreichung der Staatsangehörigkeit gelten die Bestimmungen eines Gesetzes vom 22. Juli 1913.

Literarisches

Die Sozialdemokratie und die Reparationen! Von Arthur Crispian, Dietz-Verlag, Berlin. Preis 15 Pf. Ueber keinen Gegenstand der Politik unserer Tage herrscht in breitesten Kreisen des Volkes so große Unkenntnis, wie über die Reparationsverpflichtungen auf Grund des Versailler Vertrages. Ueber keinen Gegenstand ist auch von den Gegnern der Sozialdemokratie so viel zusammengelogen worden, wie über die Stellung der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale zum Reparationsproblem. Genosse Crispian hat eine höchst verdienstvolle Arbeit geleistet, indem er das vielumstrittene Thema einer sach- und wahrheitsgemäßen Beleuchtung unterwarf. Seine eindringlichen Darlegungen sind geeignet, mit dem volksverhetzenden Schwundel vom „Reparations-Sadismus der Sozialdemokratie“ gründlichst aufzuräumen — aber nur dann, wenn alle Parteistellen der wertvollen Broschüre zu der Verbreitung verhelfen, die sie verdient.

Karl Kautsky, Kommunismus und Sozialdemokratie! Dietz-Verlag, Berlin. Preis 20 Pf. Abermals unterwirft Karl Kautsky das Problem „Kommunismus und Sozialdemokratie“ einer grundsätzlichen Untersuchung. Wieder handhabt er meisterhaft die Methode der historisch-materialistischen Analyse, die den prinzipiellen Gegensatz zwischen der sozialen Demokratie und der bolschewistischen Partei-Autokratie offenbar werden läßt.

Sterbetafel

- Berlin.** Am 2. März starb unser Kamerad **Michael Lach** im Alter von 68 Jahren an Herzschlag.
 - Bernau.** Am 4. März starb unser Kamerad **Wilhelm Matke** im Alter von 78 Jahren.
 - Dresden.** Am 22. Februar starb unser Kamerad **Ernst Kräß** im Alter von 80 Jahren an Altersschwäche. — Am 1. März starb unser Kamerad **Rudolf Sperling** im Alter von 25 Jahren. — Am 5. März starb unser Kamerad **Alwin Kieback** im Alter von 71 Jahren an Arterienverkalkung.
 - Frankfurt a. M.** Am 1. März starb unser Kamerad **Jakob Winter** im Alter von 66 Jahren an Altersschwäche.
 - Hamburg.** Am 5. März starb unser Kamerad **Wilhelm Behrmann** im Alter von 68 Jahren an Lungenentzündung.
 - Kiel.** Am 5. März starb unser Kamerad **Julius Mews** im Alter von 65 Jahren an Lungenentzündung.
 - Militzsch.** Am 5. März starb unser Kamerad **Wilhelm Hubert** im Alter von 56 Jahren.
 - München.** Am 17. Februar starb unser Kamerad **Josef Weimann** im Alter von 31 Jahren.
 - Stetal.** Am 1. März starb unser Kamerad **August Kölln** im Alter von 76 Jahren an Schlaganfall.
- Ehre ihrem Andenken!

Kauf Kluft und Kelle
von **Arthur Capelle**
Berlin, N 54
Alte Schönhauser Str. 54
Preis: ordn. 2 Gsch. Dirksenstr. 2

Louis Mosberg
Bielefeld 25
in Berufskleidung
und Werkzeugen
unübertroffen.
Ermäßigte Preisliste gratis.

Gelesene „Zimmerer“
an unorganisierte Kameraden
weitergeben!

Ich helfe Ihnen

Gummi, Tropfen, Tee. Preisroschüre
Z 10 durch:
Wohleben & Weber G. m. b. H.
Berlin W 30

**Ischias-,
Gicht- und
Rheumatis-
muskranken**

teile ich gern gegen
15 % Rückp., sonst
kostenfrei, mit,
wie ich vor Jahr. v.
meim. schw. Ischias-
u. Rheumaleiden in
ganz kurzer Zeit
befreit wurde.

Jean Stieling
Kantinenpächter
Frankfurt/Oder 135
Judenstraße 6

Kauft (F)
die vom Verband
herausgegebene
Fachliteratur!

Berufs-, Wander- und Sportbekleidung

in Samt, Manchester, Leder und Pilot,
Werkzeuge und Teakholz-Wasserwaagen,
Schlapphüte, Isländer. **Preisliste gratis.**
Mechanische Kleiderfabrik.

**Welt-Versandhaus
Fritz Ulrich**

Altona/Elbe 12, Gustavstraße 58/60

Korbmöbel ab Fabrik

Teilzahlung bis 10 Monate, franko
Lieferung. Schlager: Dreiteilige Post-
stergarnitur 27 90 M., Katalog gratis.
Korbmöbelfabrik Böhm
Oberlangenstadt 289, Lichtenfels-Land

Hobelbänke 60 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität.
Blatt la gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge
Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pina a. d. Elbe.

SPART BEI DER **BANK DER ARBEITER ANGESTELLTEN UND BEAMTEN.**

BERLIN S 14
WALLSTRASSE 85
DEP.-KASSE, SW 68
LINDENSTRASSE 3



FILIALEN IN:
BOCHUM
BRAUNSCHWEIG
BREMEN
BRESLAU
DORTMUND
DRESDEN
ESSEN
FRANKFURT A. M.

HAMBURG
HANNOVER
KÖLN A. RH.
LEIPZIG
LIEGNITZ
LUBECK
MAGDEBURG
MÜNCHEN
SAARBRÜCKEN
STUTT GART